

WIESNER, Claudia - Nationale Europadiskurse als Medien der Konstruktion europäischer Identität? : eine vergleichende Untersuchung der Pressediskurse zur Ratifikation des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und Deutschland in 2005 [National European Discourses as means of constructing European Identity? : a comparative study of press discourses on the ratification of the EU Constitutional treaty 2005 in Germany and France]
Politische Vierteljahresschrift (PVS), 2016, Vol. 57, No. 1, pp. 79-115

**Nationale Europadiskurse als Medien der Konstruktion europäischer Identität?
Eine vergleichende Untersuchung der Pressediskurse zur Ratifikation des EU-
Verfassungsvertrages in Frankreich und Deutschland in 2005**

Abstract

Der Artikel diskutiert die Rolle nationaler Europadiskurse für die Herausbildung europäischer Identität in einem deutsch-französischen Vergleich. Nach der Darstellung von Forschungsstand und Forschungsdesign werden Ergebnisse einer vergleichenden diskursanalytischen Untersuchung der Pressediskurse um die Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages 2005 in Deutschland und Frankreich dargestellt. Die leitenden Fragen dabei sind: Inwieweit wirken nationale Europadiskurse als Medien der Ausbildung europäischer Identität und der Demokratisierung der EU? Wie konstruieren nationale Europadiskurse politischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher nationaler Eliten vermittelt über die nationale Qualitätspresse die EU und Europa? Wie werden sie, und damit auch die Ausbildung europäischer Identität, von spezifisch nationalen Kontexten und Bezügen geprägt?

Keywords:

Nationale Europadiskurse, europäische Identität, Frankreich, Deutschland, Diskursanalyse

**National European Discourses as means of constructing European Identity?
A comparative study of press discourses on the ratification of the EU Constitutional
treaty 2005 in Germany and France**

Abstract

This article undertakes a Franco-German comparison of the function national European Discourses can take on in the construction of European identity. After a presentation of the state of the art of research in the field and the research design, results of a comparative discourse-analytical study on the press discourses related to the ratification of the EU Constitutional treaty in Germany and France in 2005 are presented. The leading research questions are: to what extent do national European Discourses serve as means of constructing European Identity and at democratising the EU? How do national European discourses of national elites in the quality press construct Europe and the EU? And how are these national European discourses influences by specific national contexts and factors?

Keywords:

Nationale Europadiskurse als Medien der Konstruktion europäischer Identität?

Eine vergleichende Untersuchung der Pressediskurse zur Ratifikation des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und Deutschland in 2005

Einleitung

Die leitende These dieses Artikels ergibt sich aus einem demokratie- und demokratisierungstheoretischen Zugang zur Rolle kollektiver demokratischer Identität in der EU, der seit den 1990er Jahren in den Sozialwissenschaften diskutiert wird: Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratisierung der EU sind insofern mit der Herausbildung einer „europäischen Identität“ verbunden, als Demokratie einen „Demos“ braucht, ein demokratisches Subjekt. Die weitere Demokratisierung der EU, so lautet entsprechend die *demokratiethoretische Ausgangsthese* des Artikels, muss mit der Herausbildung eines Demos der EU einhergehen, denn demokratische Institutionen und Verfahren müssen von einem *sich auch selbst als solches definierenden* demokratischen Subjekt getragen und sollten von diesem aktiv ausgefüllt werden. Demokratische Identität meint dann eben diese *Selbstdefinition des demokratischen Subjekts*, also ein Bewusstsein von und eine Identifikation mit der Ebene, auf die sich Rechte und auch demokratische Praxis beziehen. Die zentrale *methodologische Prämisse* des Artikels ist, dass europäische Identität unter anderem durch nationale Diskurse über die EU konstruiert werden kann, denn diese schreiben der EU Bedeutungsgehalte zu und sind deshalb potenzielle Medien der diskursiven Konstruktion europäischer Identität. Der Artikel untersucht entsprechend die Rolle nationaler Europadiskurse für die Konstruktion europäischer Identität, folgend der leitenden Untersuchungsfrage: *Inwieweit wirken nationale Europadiskurse als Medien der Ausbildung europäischer Identität und der Demokratisierung der EU?*

Damit trägt der Artikel zum einen zur *Debatte um die Demokratiequalität der EU* bei, die seit einigen Jahren in den European Studies bzw. in deren Schnittpunkt mit der politischen Theorie geführt wird (siehe etwa Beetham u. Lord 1998; Bellamy u. Castiglione 2003; Føllesdal u. Hix 2006; Habermas 1999, 2001, 2004; Hix 2008; Majone 1998; Mény 2003; Moravcsik 2002) und zum anderen zur *Debatte um europäische Identität*, deren Operationalisierung, und deren Untersuchung, sowie zur vergleichenden politischen Kultur- und Kommunikationsforschung (siehe unten zum Forschungsstand).

Zunächst folgt dabei im nächsten Abschnitt eine Klärung der beiden Schlüsselkategorien kollektive und europäische Identität und ein Aufriss über den Forschungsstand im Feld.

Anschließend wird die Fall- und Materialauswahl der Untersuchung vorgestellt. Danach wird

das Untersuchungsdesign der vergleichenden diskursanalytischen Untersuchung beschrieben, um anschließend deren zentralen Ergebnisse darzustellen. Am Ende erfolgt eine abschließende Diskussion der Befunde mit Blick auf die Leitfrage.

1. Kollektive Identität und europäische Identität: Begriffsklärungen und Forschungsstand

In den Sozialwissenschaften gibt es zunächst *verschiedene Zugänge* zu dem eingangs skizzierten demokratietheoretisch aufgeladenen Identitätsbegriff und seiner Operationalisierung. Es sind dabei drei Hauptrichtungen zu unterscheiden: 1) *theoretisch oder normativ* ausgerichtete Zugänge, 2) *individualistische* Definitionen, die aufbauend auf den Überlegungen David Eastons (siehe etwa Easton 1953, 1965) die *Identifikation* von Individuen sowie deren *Unterstützung* für politische Systeme zum Gegenstand haben, sowie 3) *makro-orientierte Zugänge*, die demokratische Identität als ein *Sinnmuster* behandeln, das unabhängig von individuellen Einstellungen besteht, und die demnach die realen oder potenziellen *Inhalte* dieser Sinnmuster untersuchen, die Gegenstände von Identifikation und Unterstützung sind.

Für das Forschungsdesign der im Folgenden vorgestellten Untersuchung wurden alle drei Perspektiven integriert und zweifach erweitert. Erstens wird davon ausgegangen, dass Mikro- und Makroebene demokratischer Identität *aufeinander bezogen sind*: Demokratische Identität umfasst sowohl *individuelle* Bezüge, Identifikationen und Einstellungen, die auf der Mikro-Ebene zu untersuchen sind, aber sie ist auch *Sinnmuster*, d.h., die individuellen Identifikationen beziehen sich auf konkrete *Inhalte*, die auf der Makro-Ebene zu untersuchen sind. Zweitens ist die normativ-theoretische Perspektive auf demokratische Identität deutlich weiter gehender als in den meisten gängigen individualistischen Zugängen: Demokratische Identität wird nicht nur als *funktional für Systemstabilität* angesehen (Identifikation mit der Polity und deren Unterstützung, bzw. Legitimitätsglaube, auch als Voraussetzung für die Akzeptanz von Umverteilungsentscheidungen), sondern auch als *Selbstidentifikation des Demos* und als *Bedingung für demokratische Aktivität* (Identifikation mit einer Polity sowie der Mitglieder der Polity untereinander sind Voraussetzungen für politische Partizipation, Deliberation und auch Protest) – also dafür, dass ein Demos Demokratie tatsächlich *macht*. Denn, gleich, ob man ein republikanisches, ein kommunitaristisches oder ein liberales Leitbild zugrunde legt – Demokratie meint aus normativer Sicht nicht allein Wahl- und Bürgerrechte sondern auch demokratische Praxis.

Diese Überlegungen formulieren ein anspruchsvolles, demokratietheoretisch begründetes Ziel, dessen Erreichung jedoch nicht direkt empirisch überprüft wird. Es dient vielmehr in der

Heuristik der Untersuchung als *kontrafaktische Norm*, das heißt als Ideal oder Leitbild für tragfähige europäische Identität. Dieses wird *nicht* direkt empirisch operationalisiert und entsprechend auch nicht direkt untersucht. Untersucht werden vielmehr reale empirisch erfassbare Konstruktionsprozesse, die potenziell zur Konstruktion europäischer Identität beitragen können – und dabei ist dann eine zentrale Frage, inwieweit diese Prozesse dazu beitragen (können), die Realität dem Leitbild anzunähern.

Gefragt wird also nach einer *auf die EU bezogenen, demokratietheoretisch begründeten Form kollektiver Identität*.¹ Was aber ist kollektive Identität? Diese ist zunächst von der Identität eines Individuums zu unterscheiden (siehe dazu klassisch Mead 2005, sowie in Kurzfassung Esser 2001, S. 335). Der Begriff bezieht sich vielmehr auf menschliche beziehungsweise gesellschaftliche Kollektive. Ein Kollektiv ist eine *Ansammlung von Menschen*; und die Identität menschlicher Kollektive besteht darin, dass diese Kollektive zumindest *in einem bestimmten Gesichtspunkt als gleich erscheinen* (Niethammer 2000, S. 9ff). Jedoch weist eine Gesellschaft nicht in dem trivialen Sinne eine Identität auf wie etwa ein Gegenstand:

Kollektive bringen ihre Identitäten vielmehr selbst hervor (Habermas 1976, S. 92).

Der Inhalt des Begriffs kollektive Identität ist weiterhin von dem des Begriffs soziale Identität abzugrenzen, der sich ebenfalls auf Kollektivphänomene bezieht, aber lediglich die *individuellen* Komponenten der Identifikation mit einem Kollektiv beschreibt (Tajfel 1978, S. 63). Die Identifikation der Individuen mit einem Kollektiv ist natürlich unbestreitbar ein elementarer Teil kollektiver Identität. Diese hat jedoch noch einen zweiten Aspekt, der sich definieren lässt, wenn man einem moderaten methodologischen Holismus folgt (siehe dazu ausführlich Albert 2005, S. 388ff, 2007, S. 17ff). In dieser erkenntnistheoretischen Perspektive wird angenommen, *dass Makro-Phänomene für sich genommen existieren und zu untersuchen sind*. Zweitens wird davon ausgegangen, *dass stark emergente Makro-Phänomene wie Normen, Institutionen, und legitime Ordnungen kausale Effekte auf Akteure ausüben können* (Albert 2005, S. 410).

In dieser Perspektive rücken neben der Identifikation der Individuen mit dem Kollektiv auch die *Inhalte* dieser Identifikation in den Blick, nämlich die Bedeutungsgehalte, Zuschreibungen

¹ Dennoch wird aus drei Gründen im Folgenden der Begriff europäische Identität genutzt: Erstens werden die Begriffe Europa und EU in wissenschaftlichen wie nichtwissenschaftlichen Debatten oftmals ganz oder teilweise synonym verwendet. Somit sind zweitens die der EU zugeschriebenen Bedeutungsgehalte nicht klar von denen zu trennen, die Europa zugeschrieben werden. Drittens führen diese Überschneidungen der Begriffsinhalte auch dazu, dass auch in der sozialwissenschaftlichen Debatte sehr viel häufiger von europäischer Identität die Rede ist als von einer Identität der EU – auch dann, wenn eigentlich letztere gefragt ist. Mithin lässt sich eine klare begriffliche Trennung zwischen Europa und EU im Untersuchungsdesign nicht sinnvoll umsetzen.

und Aufladungen, die mit dem Kollektiv verbunden werden. Denn Menschen identifizieren sich nicht ohne weiteres mit einer beliebigen, gegebenen politischen oder administrativen Einheit –diese muss dazu mit bestimmten Bedeutungsgehalten verbunden werden (Anderson 2006, S. 53). Diese Bedeutungsgehalte der Identifikation lassen sich als *Sinnmuster* definieren, oder, im Sinne Poppers, als „*products of the human mind*“ (Popper 1978, S. 144). Kollektive Identitäten sind weiterhin nicht vorhistorisch, geschlossen oder statisch (siehe dazu ausführlich Anderson 2006; Gellner 1983; Giesen 1993; Hobsbawm 2008; Thadden 1991), sondern werden grundsätzlich *in sozialen Prozessen konstruiert*, wobei einen wesentlichen Anteil entsprechende *Diskurse* haben. Damit sind zweitens kollektive Identitäten nichts Feststehendes, sondern sie sind *veränderlich und beeinflussbar*. Es gibt keine abgeschlossenen Identitäten, sondern nur solche, die dem *geschichtlichen Wandel* unterliegen. Drittens ist Grundlage von Demokratien nicht ein homogenes Volk beziehungsweise eine homogene Nation, sondern es bestehen *zahlreiche Differenzen* unter den verschiedensten Bevölkerungs- und Personengruppen, die es wie beschrieben aus normativer Sicht zu berücksichtigen gilt. Viertens sind Identitäten *ablösbar von geographischen Räumen*, auch wenn in ihnen regionale Bindungen und Länderprägungen wirken. Fünftens gibt es keine einfachen Identitäten. Sie sind vielmehr *immer komplex* und drücken Zugehörigkeiten auf allen Ebenen der menschlichen Existenz aus.

Wie sind vor diesem Hintergrund die bisherigen Forschungsergebnisse zu europäischer Identität einzuordnen? Entsprechend der unterschiedlichen erkenntnistheoretischen Perspektiven lassen sich auch die Ergebnisse, die die qualitative und quantitative *vergleichende politische Kultur- und Einstellungsforschung* hervorgebracht hat, unterschiedlichen Strängen zuordnen. Die *individualistische Perspektive* geht zumeist von den von Easton geprägten Konzeptionen von *identification* mit der EU und *support* aus, die sie mit Bezug auf die EU zumeist quantitativ-empirisch untersuchen (siehe hierzu die Konzepte von Bruter 2005; Castano 2004; Duchesne 2008; Fuchs et al. 2009; Herrmann u. Brewer 2004; Kaina 2009; Lamei 2003; Mühler u. Opp 2006, Westle 2003a, 2003b). Die Forschungsergebnisse betrachten primär die Ausprägung von individuellen Einstellungen zur EU sowie die sie bedingenden Faktoren und das Verhältnis von Identifikationen bei multiplen Identitäten, d.h., die *Ebene der Bürger*. Die Ergebnisse geben aufschlussreiche Anhaltspunkte zur Konstruktion europäischer Identität:²

² Allerdings ist hierbei eine wesentliche Einschränkung zu beachten: Die Operationalisierungen und Indikatoren der jeweiligen Befragungen wurden in der Regel für nationale Identität entwickelt und nicht mit Blick auf die Besonderheiten der EU. Insofern ist fraglich, inwieweit sie tatsächlich europäische Identität adäquat messen;

1. *Identifikation und Unterstützung*: Bis zur Finanzkrise wies nach Befunden der Eurobarometer etwa die Hälfte der EU-Bürger eine unspezifische positive Identifikation beziehungsweise Verbundenheit mit der EU auf. Allerdings variierte diese je nach Mitgliedstaat, also entsprechend der nationalen Kontexte (Kaina 2009, S. 21f, 94). Und: Die Bürgerinnen und Bürger verschiedener Mitgliedstaaten verbinden teilweise sehr unterschiedliche Charakteristika und Politikinhalt mit der EU (Kaina 2009, S. 101f).

2. *Faktoren, die Identifikation mit der EU beeinflussen: Alltagserfahrung mit der EU* (Schmidberger 1998) wirkt sich positiv, *Arbeitslosigkeit und ökonomische Probleme* dagegen negativ auf die Identifikation mit der EU aus (Immerfall u. Sobisch 1997). Individuen identifizieren sich stärker mit der EU, wenn sie sie positiver einschätzen (Kaina 2009, S. 112ff; Pichler 2005).

3. *Variation nach Gruppenzugehörigkeit*: Je höher *Bildungsniveau* und *Wohlstandsniveau* einer Person, desto wahrscheinlicher unterstützt diese die EU. Menschen identifizieren sich zudem eher mit der EU, wenn sie sich von ihr *Gewinne* versprechen (Pichler 2005).

4. *Unklares Verhältnis von nationaler und europäischer Identität*: Verschiedene Autoren (siehe etwa Arts u. Halman 2006; Castano 2000; Jiménez et al. 2004; McLaren 2004; Mühler u. Opp 2006; Opp 2005; Westle 2003a) untersuchten, ob Identifikation mit dem Nationalstaat und Identifikation mit der EU sich ergänzen oder sich widersprechen. Sie stellen dazu Unterschiedliches oder sogar Widersprüchliches fest. Da aber verschiedene Staaten untersucht wurden, ist zu vermuten, dass diese Differenzen in unterschiedlichen nationalen Kontexten und unterschiedlichen politischen Kulturen begründet sind (vgl. Marks u. Hooghe 2003). Westle entwickelte entsprechend ein *Kontextmodell* der Identitäten: Die Beziehungen zwischen nationaler und europäischer Identifikation seien davon abhängig, ob im nationalen Kontext ein Gegensatz oder eine positive Beziehung konstruiert werde (Westle 2003a, S. 474ff).

In der *Makroperspektive* wird europäische Identität vorwiegend mit Blick auf ihre Inhalte und als Sinnmuster betrachtet. Einige Beiträge dieser Richtung haben eine explizit normative Ausrichtung (siehe hierzu Cerutti 2005, 2009; Delanty 1999; Habermas 1999, 2001, 2004; Meyer 2009; Nida-Rümelin 2007); andere Beiträge betrachten eher die konzeptionelle Ebene (Bauböck et al. 2003; Checkel u. Katzenstein 2009; Giesen 2008; Lepsius 1999; Pfetsch 1998;

eine Klärung und Operationalisierung der theoretischen Grundlagen dazu steht noch aus; vgl. Duchesne (2008); Bruter (2005, S. XII); Kaina (2009); Checkel u. Katzenstein (2009, S. 10).

Pollack 2008). Empirische Arbeiten auf der *Makroebene* betrachten bislang vorwiegend *EU-Funktionsebenen*. Ihre Befunde lassen sich so zusammenfassen:

1. *Nationalstaatliche und europäische Identitätskonstruktionen sind aufeinander bezogen:*

Diese Bezüge, und dies bestätigt den quantitativen Befund, können sowohl positiv als auch negativ aufgeladen werden (siehe etwa Marcussen et al. 2001; Schmidt 1997; Schmidt 2004, 2006; Weiss 2003).

2. *Ähnlichkeiten zu Konstruktionsprozessen nationalstaatlicher Identitäten:* Auch europäische Identitätskonstruktionen beziehen sich auf *institutionelle Praxen*, nutzen *Abgrenzungen* nach außen und einen Rekurs auf *Gründungsmythen* (Lepsius 1999, S. 202ff; Pantel 1999; Puntcher-Riekman u. Wodak 2003, S. 284ff).

3. *Die zentrale Rolle von Eliten:* In der diskursiven Konstruktion europäischer Identität spielen politische *Eliten* eine zentrale Rolle (vgl. Banchoff 1999; Checkel u. Katzenstein 2009; Diez Medrano 2009; Kaelble 2009; Schmidt 1997; Schmidt 2004, 2006; Seidendorf 2007, 2008; Weiss 2003), und zwar Mitglieder von Politik und Verwaltung sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene. Deren Identitätskonstruktionen sind allerdings nicht identisch und können sogar gegenläufig sein.

4. *Nationale Eliten-Europadiskurse und -konzepte:* Durch die diskursiven Bedeutungskonstruktionen der nationalen Eliten entstanden unterschiedliche nationale Eliten-Europakonzepte. Sie unterscheiden sich in Ursprüngen, Motiven und Ausrichtung, denn sie mussten jeweils mit den Interessen der nationalen Eliten, aber auch mit den nationalen Identitätskonzepten kompatibel sein (siehe zu nationalen Europakonzepten Baasner 2008; Banchoff 1999; Bayrak 2002; Diez 1995, 1999; Diez Medrano 2003; Hörber 2006; Jachtenfuchs 2002; Jung 1999; Larsen 1997; Marcussen et al. 2001; Sauder 1995; Schmidt 1997; Schmidt 2004, 2006; Seidendorf 2007; Stahl 2007b; Waever 2005). Die Eliten-Europakonzepte können eher harmonische, eher ambivalente oder eher gegensätzliche Beziehungen zwischen europäischer und nationaler Identität konstruieren.

5. *Geringe Rolle der EU-Bürger:* Bürgerinnen und Bürger sind an diesen Konstruktionsprozessen noch kaum beteiligt (Diez Medrano 2009).

Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass die Inhalte europäischer Identität – oder konkreter ausgedrückt: Wofür die EU steht, womit sie verbunden, womit sie aufgeladen wird – derzeit nicht nur offen, sondern sogar umkämpft sind. Sie zeigen auch, dass *Diskurse* über Europa und die EU eine zentrale Rolle in der sozialen Konstruktion europäischer Identität haben, denn diese Diskurse schreiben der EU Bedeutungsgehalte zu und können damit Identität als

Sinnmuster konstruieren oder beeinflussen. Dabei ist die wesentliche Ebene, auf der solche Diskurse stattfinden, nach wie vor die nationale. *Nationale Europadiskurse* sind somit wesentliche Medien der Zuschreibung von Inhalten an Europa und/oder die EU.

2. Fragestellung, Fall- und Materialauswahl

Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich die Untersuchung auf eine *vergleichende Betrachtung nationaler Europadiskurse als Medien der Konstruktion europäischer Identität*.

Die *Leitfrage* ist: *Inwieweit wirken nationale Europadiskurse als Medien der Ausbildung europäischer Identität und der Demokratisierung der EU?* Sie wird in einer zweigeteilten Untersuchungsfrage konkretisiert: 1. *Wie konstruieren nationale Europadiskurse politischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher nationaler Eliten³ vermittelt über die nationale Qualitätspresse die EU und Europa?* 2. *Wie werden sie, und damit auch die Ausbildung europäischer Identität, von spezifisch nationalen Kontexten und Bezügen geprägt?*⁴

Die bisher skizzierten normativ-theoretischen und konzeptionellen Ausführungen sowie die dargestellten Forschungsergebnisse flossen weiterhin in eine Forschungsheuristik ein, die die Grundlage für ausdifferenzierte und operationalisierte Forschungsfragen lieferte. Diese können im Folgenden nicht in Gänze dargestellt werden (siehe dazu Wiesner 2014, S. 121–125). Die folgende Übersicht fasst aber die zentralen Forschungsfragen für die Diskursanalyse zusammen:

Tabelle 1 hier

Zwei Fragen schlossen sich an die Formulierung der Fragestellung an: 1) *Wie sind nationale Europadiskurse zu operationalisieren?*, was also ist ein sinnvolles Untersuchungsdesign und sinnvolles Datenmaterial – denn ein kompletter Diskurs, mit allen beteiligten Akteuren, Ebenen und Beiträgen ist immer nur ausschnittsweise zu erfassen, und 2) *Welches sind geeignete Untersuchungsfälle, und was sind sinnvolle Variablen einer Fallauswahl?*

Das Untersuchungsdesign, das auf tiefgehende Untersuchung der Diskurse und ihrer Kontexte zielte, konnte nur mit einer kleinen Fallzahl verwirklicht werden; gewählt wurde deshalb ein *dual-case-design*. Bei der Fallauswahl wurden folgende Überlegungen zugrunde gelegt:

³ Zugrunde gelegt wird hier die in der neueren Sozialwissenschaft allgemein genutzte Konzeption von Eliten, wie sie auch in den letzten Elitestudien zugrunde gelegt wurde: Eliten sind Personen, die gesellschaftlichen Einfluss auf bestimmte Entscheidungen haben; siehe dazu Hoffmann-Lange (1992, S. 19); Kaina (2004, S. 8ff).

⁴ Der Kontext war Teil der Untersuchung, die Ergebnisse zu diesem Bereich können in diesem Artikel aber nur stark verkürzt wiedergegeben werden.

Erstens: Die *abhängige* Variable bilden in der vorliegenden Untersuchung die *nationalen Europadiskurse als Medien der Konstruktion europäischer Identität und der Demokratisierung der EU*. Die zentralen intervenierenden Variablen waren (entsprechend der Untersuchungsfrage 2) die *innenpolitischen Kontextfaktoren*, die diese Diskurse prägen: 1) Politisches System, 2) politische Parteien und die europäische Integration, 3) Bürger und ihre Einstellungen zur EU, 4) die Konzepte nationaler Identität, 5) vorherige Europadiskurse. Um ein möglichst aussagekräftiges Ergebnis zu erreichen, war es sinnvoll, in Bezug auf diese zentralen intervenierenden Variablen kontrastierende Fälle auszuwählen bzw. ein *most different case design* zu nutzen.

Die genannten fünf intervenierenden Variablen wurden im Kontext-Teil der Studie untersucht, der auf Dokumentenanalysen, Sekundäranalyse von Eurobarometer- und Umfragedaten, sowie der Aufarbeitung der relevanten Sekundärliteratur zu den fünf Kontextbereichen basiert (siehe dazu ausführlich Wiesner 2014, S. 126-190 und 295-336). Die Ergebnisse zum Kontext können jedoch im Folgenden nur mit Blick auf zentrale Aspekte sowie stark zusammenfassend in 4.1. wiedergegeben werden, da sich dieser Beitrag auf die Ergebnisse der Diskursanalyse im engeren Sinn konzentriert.

Zweitens: Für die Untersuchung *nicht* zentrale Variablen betrafen die *außenpolitischen Kontextfaktoren* der Diskurse, d.h. die *Rollen* der Staaten innerhalb der EU (kleine/große Mitgliedstaaten; langjährige / neuere Mitglieder etc.). Diese Variablen sollten möglichst gleich gelagert sein, um eine Vergleichbarkeit der Fälle zu ermöglichen. Die untersuchten Fälle bzw. Staaten sollten also mit Blick auf die Dauer ihrer Mitgliedschaft, die Größe, den Entwicklungsstatus ihrer politischen Systeme, und ihre politischen Kulturen in einer vergleichbaren Situation und Entwicklungsphase sein. Denn auch diese Faktoren beeinflussen nationale Europadiskurse: So verläuft die Integration z.B. in einem kleinen ehemaligen Transformationsstaat unter ganz anderen Bedingungen als in einem großen Gründerstaat. Drittens: Für das Untersuchungsdesign erschien es dabei aus mehreren Gründen besonders fruchtbar, *langjährige und große* EU-Mitgliedstaaten auszuwählen: Nur in langjährigen Mitgliedstaaten konnte die Ausprägung der fünf innenpolitischen Kontextfaktoren auch im Zeitverlauf betrachtet werden, und zudem wirken große EU-Mitgliedstaaten für die Entwicklung der EU strukturell und politisch-kulturell prägender als kleinere Mitgliedstaaten. Es war also nahe liegend, *große Gründerstaaten* der EU heranzuziehen.

Viertens: Hier bot sich als erster, theoretisch besonders relevanter Fall der *französische Diskurs zum EU-Referendum 2005* an. Als zweiter, kontrastierender Fall wurde danach *Deutschland und der Diskurs um die Ratifikation des EU-Verfassungsvertrages (EUV) 2005*

ausgewählt. Diese Fälle hatten die gleichen Rollen in der EU (beides große Gründerstaaten), aber die Kontextfaktoren unterschieden sich sehr stark. Deshalb war anzunehmen, dass die Differenzen in der Entwicklung der nationalen Europadiskurse wie angestrebt tatsächlich vor allem auf den unterschiedlichen nationalen Kontexten beruhen.

Somit waren Gegenstand der vergleichenden Untersuchung die beiden Fälle des *französischen Diskurses zum EU-Referendum 2005* und des deutschen *Diskurses um die Ratifikation des EU-Verfassungsvertrages (EUV) 2005*. Zu diesen Fällen lagen bislang keine vergleichenden diskursanalytischen Untersuchungen vor, auch wenn der Forschungsstand im Bereich von Diskurs- und Presseanalysen zur europäischen Integration im weiteren Sinne breit ist.⁵

Als nächster Untersuchungsschritt war die *Datenbasis* zu bestimmen, und zwar zunächst die *zeitliche Begrenzung der Diskurse*. Hierbei ergab sich der Untersuchungszeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum 25. Juni 2005 aus den Schlüsselereignissen: Am 1. Januar 2005 kündigte Frankreichs damaliger Präsident Jacques Chirac in seiner Neujahrsbotschaft an, dass es ein Referendum zum EU-Verfassungsvertrag geben würde. Dieses Datum markiert daher den offiziellen Auftakt des Diskurses. Das Referendum fand am 29. Mai 2005 statt. Vorher, am 12. Mai 2005, hatte der Deutsche Bundestag der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages zugestimmt, am 27. Mai auch der Bundesrat. Um auch die diskursive Bewertung der deutschen Ratifizierung und des französischen Referendums einzubeziehen, wurde als Enddatum das Ende der Berichterstattung über die Tagung des Europäischen Rates am 16. und 17. Juni 2005 gewählt.

⁵ Aus dem Bereich der *vergleichenden politischen Kommunikationsforschung* gibt es eine Reihe von Arbeiten, die bezüglich des *Themas*, aber nicht der Fragestellung und des Untersuchungsdesigns sehr ähnlich angelegt sind. Sie nutzen entsprechend andere Methoden und ein anderes Vorgehen: Erstens ist das Explanandum zumeist die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, die sie messen und belegen. Zweitens sind die Untersuchungen rein oder primär quantitativ angelegt, und drittens handelt es sich nicht um Diskurs-, sondern um Netzwerk-, Inhalts- oder Frame-Analysen; siehe Dietzsch (2009); Bärenreuter et al. (2006); Esser (2005); Adam (2007); Vettors (2008). *Vergleichende Diskursanalysen* zu Europapolitik und nationalen Europadiskursen gibt es ebenfalls in relativ großer Zahl. Die meisten dieser Untersuchungen analysieren Parlamentsdebatten, Presseartikel, Parteidokumente oder Politikerinterviews; siehe Sauder (1995); Larsen (1997); Seidendorf (2007); Hörber (2006); Jachtenfuchs (2002); Jung (1999). Schmidt (2006) betrachtet nationale Europadiskurse und ihre Beziehung zu Legitimationsstrategien für die EU und den Veränderungen nationaler Politics, und Diez Medrano (2003) untersucht Bedeutungszuschreibungen an die EU in Deutschland, Spanien und Großbritannien durch Bürger und Funktionseleiten. Verschiedene Artikel betrachten weiterhin Teilaspekte von Europadiskursen; siehe etwa Marcussen et al. (2001); Weiss (2003); Seidendorf (2008); Stahl (2007a); Zollner (1999); Banchoff (1999); Bruell u. Mokre (2007); Lieb (2008); Miard-Delacroix (2008). Schließlich erschien in Frankreich (nur in geringem Maß auch in deutschen und englischsprachigen Publikationen) eine große Zahl an Beiträgen, die den Ausgang des französischen EU-Referendums 2005 analysierten. Diese sind jedoch zumeist entweder quantitativ-empirisch angelegt; siehe etwa Boy u. Chiche (2005); Cautrès (2005); Tiberj (2005); oder aber eher essayistisch; siehe etwa Bertoncini u. Chopin (2005); Rochefort (2005); Dacheux (2005); Argenson (2007).

Eine *zweite Frage* bezog sich auf die *Daten*, anhand derer die Diskurse analysiert werden konnten. Diskurse finden zwar nur teilweise medial vermittelt statt, aber der direkte Austausch der Diskursbeteiligten untereinander – etwa auf Diskussionsveranstaltungen zum EU-Verfassungsvertrag – war im Nachgang nicht mehr zu erfassen. Insofern musste sich der Forschungsprozess auf *medial vermittelte Diskursbeiträge* beziehen. Hier konzentrierte sich die Untersuchung aus drei Gründen auf eine Betrachtung von *Qualitätstageszeitungen*. Diese stellen erstens eine *intermediäre Ebene* der Konstruktion von Zuschreibungen zwischen der Ebene der Politik bzw. politischer Funktionseliten (Quellen hierfür wären z.B. Parlamentsprotokolle) und der Ebene der Bürger oder Aktivisten (Quellen wären hier z.B. Flugblätter oder Internetbeiträge) dar, und sie berichten über Ereignisse auf beiden Ebenen. Zweitens zeigte sich bei Vorstudien, dass es sinnvoll war, *einen einheitlichen Typus von Material* zu untersuchen, damit gemeinsame Auswertungsstandards angewandt werden konnten; also nicht Printmedien und audiovisuelle Medien sowie Internetbeiträge oder Flugblätter zu mischen.

Im Zuge eines zu Beginn durchgeführten Gastaufenthaltes am Institut des Études Politiques in Paris wurde die Materialbasis durch Stichproben am potenziellen Material, Analyse der Sekundärliteratur zum Diskurs und aufgrund von Expertengesprächen mit französischen Forscherinnen und Forschern⁶ konkretisiert. Es zeigte sich, dass es notwendig war, das politische Spektrum in Frankreich möglichst breit abzubilden, weil ansonsten zentrale Elemente des Diskurses nicht hätten erfasst werden können.⁷ Insgesamt ergab sich so eine *Zuspitzung des Datenkorpus auf die Qualitäts-Tagespresse* mit den Tageszeitungen *Le Figaro* (Mitte-rechts), *Le Monde* (liberale Mitte), *Libération* (linksliberal) und *L'Humanité* (links). Statt einer breiter angelegten Übersicht über mehrere Medien bot dies die Möglichkeit, *innerhalb eines Mediums dem gesamten politischen Spektrum der Diskurse gerecht zu werden*, also stärker in die *Tiefe* zu gehen. Der Materialkorpus für den Fall Frankreich wurde in der Datenbank *BPE Europresse* erhoben (alle Beiträge zum Suchwort „Referendum“).

⁶ Hier verdanke ich aufschlussreiche Erkenntnisse meinen Gesprächen mit Nonna Mayer, Olivier Rozenberg und Sophie Duchesne.

⁷ Im ursprünglich geplanten sample, mit den beiden Tageszeitungen *Le Monde* und *Le Figaro* und den politischen Wochenzeitungen *Le Point* und *L'Express* traten alle Medien mehrheitlich für das „Ja“ im Referendum ein, gaben vor allem den Befürwortern öffentliche Foren und trugen somit zur Konstruktion eher positiver oder maximal ambivalenter Bedeutungszuschreibungen an die EU bei. Ein zentraler Konflikt um den EU-Verfassungsvertrag bestanden bei den moderat linken Parteien PS und Grüne; links- und rechtsextreme Parteien und ihre Wählerinnen und Wähler waren klar gegen den EU-Verfassungsvertrag eingestellt. Um diese theoretisch besonders relevanten Merkmale einzubeziehen, wurden Tageszeitungen einbezogen, die besonders die kritischen Argumente abbildeten: die linksliberale *Libération* besonders den internen Streit der Sozialisten und des linksliberalen Milieus, und die kommunistische *L'Humanité* als die einzige Tageszeitung, die aktiv gegen den EUV auftrat. Im rechtsextremen Spektrum existiert kein Pendant.

Insgesamt waren nach der Korrektur von Doppel- und Fehlerhebungen der entsprechenden Korrektur 6358 Artikel relevant.

Der Materialkorpus für den zweiten Fall, den deutschen Diskurs, wurde so zusammengestellt, dass er der französischen Datenbasis möglichst ähnlich war. Somit wurden analysiert die Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine* (konservativ), *Süddeutsche Zeitung* (liberal) und *taz* (linksliberal) sowie *Neues Deutschland* (ganz links). Hier waren nach der Erhebung in den Online-Archive der Zeitungen und der Datenbank Lexis-Nexis (aufgrund der anderen Ereigniskonstellation mit den Suchwörtern „EU UND Verfassung*“ oder „EU UND Referendum“) sowie nach der Korrektur von Doppel- und Fehlerhebungen 1787 Artikel für die Fragestellung relevant.

3. Diskursforschung: Forschungsfeld und Untersuchungsdesign

Die zweite zentrale methodologische Prämisse der Untersuchung ist: Die beiden Diskurse um die Ratifikationsverfahren des EU-Verfassungsvertrages 2005 in Deutschland und Frankreich schreiben der EU Bedeutungsgehalte zu und sind deshalb potenzielle Medien der Konstruktion europäischer Identität.

Die Untersuchung ist damit primär als *Diskursanalyse* angelegt. Damit geht aber noch keine bestimmte Methode oder Vorgehensweise einher: Diskursanalytische Ansätze unterscheiden sich vielmehr in Begrifflichkeiten, theoretischen Grundlagen und methodischer Umsetzung sowie mit Blick auf die Rollen, die sie Sprache und Kontext zuschreiben, teilweise markant (für Übersichten siehe Johnstone 2008; Keller 2007; Wodak 2008; Wood u. Kroger 2000, S. 20ff). Trotz dieser weiten Bandbreite ist das Feld der Diskursforschung durch den folgenden *Kern an gemeinsamen erkenntnistheoretischen und methodologischen Prämissen* gekennzeichnet, die auch Grundlage der vorliegenden Untersuchung sind (vgl. dazu Fairclough u. Wodak 1997; Foucault 2003, S. 34ff, 2008; Jäger 2009; Johnstone 2008; Laclau u. Mouffe 1991; van Dijk 2001; Wood u. Kroger 2000):

- Sprache und ihre Verwendung sind nicht primär Mittel zum Transport von Aussagen, sondern Untersuchungsgegenstände. Sprache wird als *soziale Praxis* verstanden und als solche untersucht. Sprechakte sind Handlungen.
- Sprache ist eine soziale Praxis, die *Bedeutung konstruiert* sowie – in der kritischen Diskursanalyse – auch Herrschaftsverhältnisse. Die Analyse sprachlichen Handelns dient demnach dazu, die Art und Weise zu beleuchten, in der es Bedeutung und gegebenenfalls Herrschaftsverhältnisse konstruiert.
- Ein *Diskurs* ist ein Zusammenhang von thematisch oder institutionell abgrenzbaren, Bedeutung konstituierenden und sprachgebundenen Ereignissen oder Praktiken.

- Soziale Akteure handeln in Diskursen als kollektiven Interaktionsprozessen Wirklichkeitsdefinitionen und symbolische Ordnungen aus.
- Diskurse zirkulieren Ideen – dadurch können Macht erhalten und Legitimität, Identifikation sowie Ideologien verbreitet und konstruiert werden.
- Diskurse sind dabei nicht willkürlich oder zufällig, sondern nach bestimmten Regeln strukturiert, die Sagbarkeit und Bedeutungszuschreibungen von Beiträgen beeinflussen.
- Das grundsätzliche Ziel einer Diskursanalyse ist, zu erklären, was im Diskurs geschieht und wie dies von statten geht, sowie diejenigen Regeln und Faktoren ausfindig zu machen, die in diesem Zusammenhang die Struktur von Diskursen – also die Sagbarkeit und den Bedeutungsgewinn von Aussagen – prägen und Wissensordnungen gestalten.

Aufbauend auf diesen Prämissen wurden dem diskursanalytischen Untersuchungsdesign folgende zentrale methodologische Überlegungen zugrunde gelegt: In Diskursanalysen geht es darum, zu untersuchen, *wie* im Diskurs Bedeutung konstruiert wird, und *warum* dies geschieht. Zu untersuchen ist also neben dem *Was* (Inhalte) vor allem das *Wie und Warum* eines Diskurses. Somit lassen sich als drei Leitfragen der Diskursanalyse festhalten: 1) *Was* geschieht im Diskurs?, 2) *Wie* wird im Diskurs Bedeutung konstruiert?, 3) *Warum*?

Um das „Was“ des Diskurses zu erfassen – *Inhalte* von Aussagen, zentrale Motive, Typen von Bedeutungszuschreibungen, Themen, und Beitragende –, sind die Methoden der sozialwissenschaftlichen *qualitativen Text- und Inhaltsanalyse* relevant. Um darüber hinaus auch das „Wie“, nämlich die relevanten *Abläufe und Bezüge* zwischen Diskursinhalten, Akteuren und Kontexten, und das „Warum“ des Diskurses zu analysieren, nämlich die *Hintergründe der Aussagen* und der ihnen zugeschriebenen Bedeutung, müssen über die inhaltsanalytischen Anteile hinaus auch die relevanten *Verknüpfungen* von Diskursbestandteilen, Akteuren, Interessen und Hintergründen von Aussagen erfasst und der *Kontext* der Diskurse und seine Auswirkungen in den Diskursen erhoben und einbezogen werden.

Daher unterschied sich das Untersuchungsdesign in einem Kernaspekt von den meisten anderen diskursanalytischen Zugängen: Es wurde von der methodologischen Prämisse ausgegangen, dass Diskurse *nicht* als in sich geschlossene Bedeutungszusammenhänge zu betrachten sind, in denen Bedeutungskonstruktion gewissermaßen ohne äußere Einflüsse stattfindet. Es wurde vielmehr angenommen, dass sie nicht nur potenziell offen sind für Einflüsse von außerhalb, sondern grundsätzlich von vorherigen Diskursen,

sozioökonomischen Faktoren oder gesellschaftlichen und politischen Strukturen beeinflusst werden können. Aus diesem Grund wurde, anders als in den meisten Diskursanalysen, der *Kontext* der Diskurse systematisch erhoben und in die Analyse einbezogen. Darüber hinaus war die Untersuchung als *vergleichende* Diskursanalyse angelegt.

Für dieses Vorgehen gibt es in den meisten diskursanalytischen Ansätzen nur wenige konkrete Vorschläge. Daher wurde das vergleichende diskursanalytische Untersuchungsdesign eigenständig entwickelt. Genutzt und einbezogen wurden dabei erstens Ausführungen aus diskursanalytischen Texten (insbesondere Foucault 2003, S. 34ff, 2008; Jäger 2009, S. 158ff; Keller 2007; Laclau u. Mouffe 1991; Titscher 2000; Wodak 2008), zweitens die Ausführungen von Kelle (Kelle 2008) sowie Kelle und Kluge (Kelle u. Kluge 1999) zum qualitativen Forschen, drittens die Standards der qualitativen Inhaltsanalyse (Gläser u. Laudel 2004; Mayring 2008), viertens Vorgehensweisen aus der *Grounded Theory* (siehe klassisch Glaser u. Strauss 2005; Strauss u. Corbin 1996).

Tabelle 2 hier

Aus diesen und den vorausgegangenen Überlegungen ergeben sich acht *Formmerkmale*, die Diskurse und die darin ablaufenden Sinnzuschreibungen gestalten:

Tabelle 3 hier

4. Zentrale Ergebnisse der Untersuchung

Zentrale Ergebnisse der vergleichenden diskursanalytischen Untersuchung werden im Folgenden vorgestellt.

4.1. Kontexte der Diskurse

Die vergleichende Betrachtung der Diskurskontexte mit Bezug auf die fünf intervenierenden Variablen *Politisches System*, *Politische Parteien und europäische Integration*, *Rezipienten der Diskurse*, *Kernmotive nationaler Identitätskonzepte* und *vorangegangene Europadiskurse* zeigten sich wie erwartet entscheidende Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich; es zeigen sich aber auch Ähnlichkeiten, die vorher nicht erwartet worden waren. Zentrale Ergebnisse der vergleichenden Betrachtung der Diskurskontexte sind:

Politisches System: Die *Rahmenbedingungen* beider Diskurse in den jeweiligen politischen Systemen unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht. So wurde in Deutschland der EU-

Verfassungsvertrag nur parlamentarisch ratifiziert. Damit gab es sehr viel weniger öffentliche Diskussion um die Inhalte des Vertrages als in Frankreich, und Wählerinnen und Wähler waren bestenfalls Zuhörerinnen oder Zuschauerinnen, nicht aber Zielgruppe und Entscheiderinnen und Entscheider in der Sache. Somit ist ein grundlegender Unterschied beider Diskurse ihr *Charakter*: In Frankreich bereitete der Diskurs eine binäre Unterscheidung in einer Wahl vor (Ja/Nein); in Deutschland ging der Diskurs einer parlamentarischen Ratifizierung voraus.

Im politischen System beider Staaten sind darüber hinaus durchaus entscheidende *Veränderungen durch Europäisierung* zu verzeichnen, die auch zu wesentlichen Kompetenzverlusten wesentlicher Institutionen geführt haben (etwa beim Deutschen Bundestag). In Frankreich wurden diese Veränderungen jedoch im Diskurs intensiv und kritisch thematisiert, was in Deutschland nicht der Fall war.

Politische Parteien und europäische Integration: Die Veränderungen durch Europäisierung waren in Frankreich weit stärker Anlass für Parteienstreit, als es in Deutschland der Fall war. Bei allen 2005 im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der PDS war die *Positionierung zur EU und zum Verfassungsvertrag* zustimmend und harmonisch und damit deutlich weniger konfliktär als in Frankreich. In der politischen Klasse der Bundesrepublik herrscht ein Elitenkonsens in der Unterstützung des Integrationsprozesses, so dass es traditionell kaum Konflikte über Frage der europäischen Integration gibt. In Frankreich dagegen kam es von Beginn der Integration an immer wieder zu Konflikten. In den politischen Parteien führte dies nicht nur zu Machtkämpfen, sondern auch zu Abspaltungen und Neugründungen.

Rezipienten der Diskurse: Die deutschen *Bürgerinnen und Bürger* sind in etwa ebenso positiv oder auch kritisch zur europäischen Integration eingestellt wie die französischen. Das EU-kritische Potenzial in der Bevölkerung in Deutschland wirkte aber – entgegengesetzt zu Frankreich – nicht nennenswert auf den Diskurs ein, denn die Bürgerinnen und Bürger entschieden nicht über den EUV. Auch war in Deutschland weniger klar als in Frankreich, wer die *Adressaten* des Diskurses waren. Da die Wahlbevölkerung nicht zu entscheiden hatte, kamen Interessierte und Rezipienten eher aus dem Kreis der Funktionseliten (Politiker, Wissenschaftler, Publizisten, und Wirtschaftseliten). Auch der Kreis der *Akteure* des Diskurses war entsprechend gegenüber Frankreich reduziert – dort wie auch in der Bundesrepublik wurde der Diskurs in der Qualitätspresse zentral durch Funktionseliten bestimmt, aber in Frankreich kamen auch die protestierenden, demonstrierenden und sich informierenden Bürgerinnen und Bürger als Akteure hinzu.

Kernmotive nationaler Identitätskonzepte und vorausgegangene Europadiskurse: Die europäische Integration steht sehr viel stärker in der Logik der bundesdeutschen Staatsräson,

als dies in Frankreich der Fall ist. Denn das *Verhältnis zwischen den grundlegenden Motiven nationaler Identität und der europäischen Integration* ist in Deutschland nicht wie in Frankreich tendenziell konfliktär, sondern traditionell harmonisch angelegt. Die Bundesrepublik wurde von Anfang an als teilsouveräner Staat mit dem Ziel der Westintegration aufgebaut. Dies fand seinen Niederschlag nicht nur im Elitenkonsens zur Unterstützung der europäischen Integration, sondern auch in positiv-unterstützenden Europadiskursen. In Frankreich dagegen gab es immer wieder Konflikte, da die europäische Integration in potenziellem Konflikt mit tradierten Motiven der nationalen Identität steht (z.B. der unteilbaren Souveränität und der Hervorgehobenheit Frankreichs). Entsprechend waren vorherige Europadiskurse oftmals konfliktgeladen und widersprüchlich.

4.2. *Verlauf der Diskurse*

Die Verläufe der beiden Diskurse unterscheiden sich bereits mit Blick auf die *Auslöser*: In Frankreich markierte die Ankündigung des Referendums durch Präsident Jacques Chirac in seiner Neujahrsansprache am 1. Januar 2005 den Diskursauftakt. In Deutschland gab es dagegen verschiedene Auslöser – die Entwicklung des Diskurses in Frankreich, Ereignisse in anderen Mitgliedstaaten, und die Entwicklung des Ratifikationsprozesses. Die deutschen Schritte der Ratifikation waren dabei nur punktuelle Anlässe – mit Ausnahme der Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat, die über Tage oder Wochen diskutiert wurden. Weiterhin war die *Intensität* der Diskurse sehr unterschiedlich. Der Diskurs in Frankreich war sehr intensiv: 6358 für die Fragestellung relevante Artikel erschienen im Untersuchungszeitraum allein in den vier untersuchten Tageszeitungen und diese geben nur einen Ausschnitt des Diskurses wieder. Dass dieser auch in allen anderen Medien stattfand, sowie in über das ganze Land verteilten öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Publikationen, Flugblättern, Aufrufen und Demonstrationen, wurde nicht nur in der Kontextstudie deutlich, sondern spiegelte sich auch deutlich auch in den untersuchten Tageszeitungen.

Der deutsche Diskurs fiel in jeglicher Hinsicht deutlich weniger breit aus. So erschienen in den vier untersuchten Tageszeitungen im Untersuchungszeitraum lediglich 1787 für die Fragestellung relevante Artikel. Zudem breitete sich der Diskurs in Deutschland nicht signifikant über die Kreise der Medienschaffenden, Politiker und Wissenschaftler hinaus aus. Die Intensität der Diskurse *entwickelte* sich zudem in beiden Fällen unterschiedlich. In Frankreich stieg sie bis zum Referendum am 29. Mai kontinuierlich an, um dann wieder deutlich abzusinken. Hierbei beeinflussten ab März von linken Parteien und Gewerkschaften organisierte Sozialproteste als *Schlüsselereignisse* die Intensität des Diskurses.

In Deutschland intensivierte sich der Diskurs bis Mai kaum. Zentrale Diskursauslöser kamen in dieser Zeit vor allem vom französischen Diskurs, das heißt: Der deutsche Diskurs *folgte bis Ende Mai dem französischen*. Ab Mai waren auch die Voten in Bundestag und Bundesrat Diskursauslöser, aber *die Berichterstattung über das französische Referendum markiert den quantitativen Höhepunkt des deutschen Diskurses* mit 91 Beiträgen am 31. Mai, nicht das Votum des Bundestages mit 36 Beiträgen am 13. Mai.

Ab Juni entwickelten sich beide Diskurse wieder auseinander und es entstand ein eigenständiger, stark auf die EU-Ebene bezogener deutscher Diskurs um die Tagung des Europäischen Rats am 16. und 17. Juni und die Frage „*Welches Europa wollen wir*“. Deshalb setzte sich der deutsche Diskurs, anders als der französische, im Juni fort – es erschienen 542 relevante Artikel, fast so viele wie im Mai mit 553. In Frankreich war dagegen der Mai mit etwa einem Drittel der insgesamt relevanten Artikel (2043) klar der beitragsreichste Monat, gefolgt vom April (1423).

Die Höhepunkte der Diskurse lagen also zeitlich verschoben: In Frankreich war der Diskurs zwischen Mitte März und Anfang Juni am intensivsten, in einer Phase der Sozialproteste und der Zuspitzung des Referendumsdiskurses, sowie um das Referendum selbst. In Deutschland war dagegen der Diskurs zwischen Anfang Mai und Ende Juni am intensivsten, nämlich um die Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat, die Referenden in Frankreich und den Niederlanden, sowie die Zeit danach.

Abbildung 1 hier

4.3. Akteure

Bei den Akteuren, die die Diskurse gestalteten, fanden sich ebenfalls deutliche Unterschiede. In Deutschland prägten vor allem Vertreter von Legislative und Exekutive der Bundesebene, anderer EU-Staaten und der EU den Diskurs, am Rande Landespolitiker. Die zentralen Diskursanstöße lieferten dabei aber Akteure aus Frankreich und anderen Mitgliedstaaten sowie Vertreter der EU-Ebene, und zwar indem über ihre Aktivitäten in den deutschen Tageszeitungen intensiv berichtet wurde.

In Frankreich dagegen prägten die Vertreter von Legislative und Exekutive nur einen Teil des Diskurses. Eine zentrale Rolle hatten auch Bürgerinnen und Bürger, Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften und NGOs. Dabei war das Linksbündnis „*Non de Gauche*“ von zentraler Bedeutung: hier hatten sich Politiker und Aktivisten linker Gewerkschaften, der drei trotzkistischen Parteien und der kommunistischen Partei, Minderheitenvertreter der mitte-

links-Parteien Grüne und PS zusammengeschlossen und traten gemeinsam gegen den Verfassungsvertrag auf. EU-Eliten (Politiker anderer Mitgliedstaaten wie auch Vertreter der EU-Institutionen) spielten in Frankreich nur eine kleine Rolle.

Der deutlichste Unterschied der beiden Diskurse bestand in Bezug auf Vertreter von nationalen *zivilgesellschaftlichen Organisationen* und die Rolle der *Bürgerinnen und Bürger*. Diese prägten in Frankreich den Diskurs in zentraler Rolle mit, weil sie im Referendum abstimmen konnten und diesem eine Wahlkampagne voraus ging, die zudem erfolgreich zur Mobilisierung von Sozial- und Europaprottest genutzt wurde. Der Referendumsdiskurs kann als *die größte Politisierung der französischen Wähler seit den Präsidentschaftswahlen 1981* interpretiert werden: Innerhalb von sechs Monaten war die europäische Integration, die vorher ein marginales Thema für die Franzosen gewesen war (Cautrès u. Tiberj 2005, S. 63f), zu einem zentralen und Ende April sogar zum wichtigsten Debattengegenstand geworden (Rozès 2005, S. 29ff). Die Dynamik des Diskurses wurde zudem in *Frankreich* im Wesentlichen durch die Sozialproteste bestimmt, verlief also *von unten nach oben*. Die entsprechenden Motive und Argumente der Liberalismus- und EU-Kritik (siehe unten) wurden im Diskurs so dominant, dass man sich zu ihr positionieren bzw. sie aufnehmen musste. Überdies gab es zahlreiche Indikatoren für einen diskursiven Erfolg, also für eine *Durchdringung der kritischen Argumente*.

In Deutschland blieb der Diskurs dagegen trotz punktueller EU-Kritik auf die Kreise der an Europapolitik Interessierten beschränkt. Zudem gab es nur wenig öffentlich wahrnehmbare Kontroversen. Bürger griffen nur durch sehr vereinzelte Aktivitäten, über die noch vereinzelter berichtet wurde, und durch oftmals sehr kritische Leserbriefe in den Diskurs ein, die aber keine Wirkung zeigten; sie hatten also nur eine marginale Rolle. Ab Mai wurden dann Bürger und ihre Rolle in advokatorischen Zuschreibungen passiv thematisiert.

In *Deutschland* zeigte sich damit insgesamt eine *Entkoppelung der Diskursbeteiligung und der Bedeutungskonstruktionen von Bürgern und Eliten*. Es gab kaum Prozesse der gesellschaftlichen Durchdringung, sondern vielmehr Indikatoren dafür, dass die Ideen der Eliten nicht rezipiert oder sogar abgelehnt wurden.

4.4. Regeln

Auch die Regeln der beiden Diskurse unterschieden sich signifikant: In *Frankreich* galten die allgemeinen Regeln der politischen Kommunikation und der Innenpolitik: Es gibt nichts Unausprechliches, prägend sind oder können immer wirken der Lagerkonflikt zwischen links und rechts und die „soziale Frage“. Innenpolitische Konflikte werden sehr schnell, sehr zugespitzt und sehr aggressiv ausgetragen.

In *Deutschland* gibt es dagegen einen stabilen Elitenkonsens der meisten im Bundestag vertretenen Parteien zur Unterstützung der europäischen Integration mit Ausnahme der PDS bzw. der Linkspartei, der in Diskursen dazu führt, dass Vieles nicht sagbar ist. Eine zentrale Regel des deutschen Diskurses zeigte sich deshalb nicht allein in der Analyse des Gesagten, sondern auch in der Analyse des Nicht-Gesagten – die *silencing strategy*. Im Diskurs im Frühjahr 2005 reagierte die pro-europäische Mehrheit der deutschen politischen Eliten nicht vorwiegend abgrenzend, sondern vor allem *verharmlosend und abwertend* auf vom Elitendiskurs abweichende Meinungen. Minderheitenvertreter wurden im Diskurs zum Schweigen gebracht. Dabei können zwei Typen von vom Elitendiskurs abweichenden Meinungen und Reaktionen darauf unterschieden werden:

1) Abweichende Meinungen aus großen Parteien, die traditionell den pro-integrationistischen Konsens mittragen, und bei denen die Parteiführung nach wie vor pro-integrationistisch argumentiert und agiert. Hierfür stehen beispielhaft CSU-Minderheitenvertreter, die 2005 mit Forderungen zur EU-Politik an die Presse traten, aber sowohl innerhalb ihrer Partei als auch in der Presse zum Schweigen gebracht wurden.

Dabei gibt es *mehrere Stufen der silencing strategy*: Die *erste Stufe* ist die Verharmlosung parteiintern abweichender Meinungen. Die zweite Stufe der *silencing strategy*, erkennbar z.B. in der Vorbereitung von Abstimmungen, ist *Werbung nach innen*. Zeigen diese beiden Stufen nicht den gewünschten Erfolg, ist *Drohung* die dritte Stufe, d.h., es werden Disziplinierungsstrategien gegenüber den Minderheitenvertretern genutzt oder angedroht. Diese Strategie wurde 2005 sogar gegen Peter Gauweiler angewandt, der vor dem Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Ratifizierung des Verfassungsvertrages einreichte. Die Ratifizierung wurde daraufhin kurzzeitig gestoppt. Die Bedeutung Gauweilers und seiner Klage wurde aber von deutschen Politikern aller Parteien und in der Presse entsprechend der *silencing strategy* behandelt: Die Klage wurde von allen Zeitungen zwar erwähnt, aber nur als Notiz. Kein Minderheitenvertreter erhielt Fraktionsredezeit im Bundestag, Gauweiler gab lediglich nach der Debatte eine persönliche Erklärung ab.

2) Bei der PDS war es – als einziger der 2005 im Bundestag vertretenen Parteien – Parteilinie, integrationskritisch aufzutreten. *Die PDS durchbrach also absichtsvoll und gezielt den deutschen Elitenkonsens*. Aber ihre Erfolge mit diesem Vorgehen waren nur gering: Sie konnte die Strategie erstens nur dort problemlos durchhalten, wo sie keine Regierungsverantwortung hatte (wie im Bundestag), wo sie dagegen mitregierte, hatte sie erhebliche Schwierigkeiten: Zwar gestand in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern der damalige Koalitionspartner SPD der PDS stillschweigend das aktive Aufbrechen der *silencing*

strategy zu, aber die PDS wollte erkennbar den Konflikt nicht eskalieren, um das Mitregieren nicht durch einen Grundsatzstreit über die EU-Kritik gefährden. Zweitens war auch die PDS nicht vor innerparteilichen Minderheitenvertretern gefeit, wie das Beispiel von Sylvia-Yvonne Kaufmann zeigt, die für den Vertrag argumentierte (allerdings später die Partei verließ). Drittens konnte sich die EU-Kritik der PDS im Diskurs nicht durchsetzen, denn ihr Durchbrechen des Elitenkonsenses wurde von den anderen Parteien nach den Regeln der *silencing strategy* behandelt und verschwiegen oder verharmlost.

4.5. Referenzebenen

In den beiden Diskursen zeigte sich ein *grundsätzlicher Unterschied in den Bezügen zu zwei wesentlichen Referenzebenen, Ausland und EU*.

Während der Diskurs in *Frankreich* primär national bezogen blieb, Akteure der EU und anderer Mitgliedstaaten eine marginale Rolle innehatten, und die EU tendenziell als Außenpolitik bzw. als „das Andere“ oder das Fremde dargestellt wurde, war in *Deutschland* das Umgekehrte der Fall. Es gab dort einen primär europäischen Bezug, Frankreich, das europäische Ausland und die EU waren zentraler Anlass und Gegenstand des Diskurses, und beide wurden als „europäische Innenpolitik“ und als „das Eigene“ dargestellt. Nicht nur die Bezüge zu den Referenzebenen Ausland und EU, auch die *Art der Darstellung* unterschieden sich also entscheidend.

Es gab *klare Bezüge zwischen beiden Diskursen*, wobei diese in Deutschland deutlicher erkennbar waren und den Diskurs stärker prägten. *Überschneidungen bei den Themen* zeigten sich dabei vor allem bezüglich der Ebenen EU und Ausland, sie resultieren also aus der *Offenheit und / oder der Europäisierung* der Diskurse, die in Deutschland aber deutlich ausgeprägter war. Entsprechend zeigten sich hier zahlreiche Beispiele einer *inhaltlichen Offenheit*: Die *Übernahme französischer Argumente und Motive war stark strukturierendes Element des deutschen Diskurses*.

Was die Referenzebene Innenpolitik angeht, verhielt es sich umgekehrt: Der französische Diskurs konzentrierte sich stark auf die Innenpolitik; im deutschen Fall waren die innenpolitischen Bezüge selten und anlassbezogen.

4.6. Themenfelder / Themen, Motive, Argumente, Bezüge

Hier war zunächst zu fragen, *inwieweit überhaupt Bedeutungsgehalte konstruiert wurden*. Im *französischen* Diskurs wurde die EU (zumindest von Seiten der Gegner) mit negativ gefärbten Bedeutungsgehalten überladen, während die Befürworter eher unkonkret und abstrakt blieben.

In *Deutschland* wurde bis Ende Mai die EU nur wenig mit Bedeutung aufgeladen, erst ab Ende Mai gab es dann zahlreiche Bedeutungszuschreibungen.

Wie waren die Bedeutungsgehalte gefärbt? Die *deutschen* Bedeutungsgehalte waren schwach, aber zumeist mit einem positiven Bezug zur EU angelegt; die *französischen* waren dagegen stark, und es dominierten die negativen Zuschreibungen.

Auch bei *Themenfeldern, Argumenten, Motiven und Bezügen* beider Diskurse zeigten sich klare Unterschiede.

4.6.1. *Der französische Diskurs*

In Frankreich fiel zunächst auf, dass Argumente, Motive und Bezüge stark durch den *zentralen Gegensatz zwischen Vertretern des „Ja“ und des „Nein“* im Referendum geprägt wurden. Dabei waren sie oftmals polemisch ausgerichtet und/oder bezogen sich auf das gegnerische Lager. Politisch-inhaltliche Argumente wurden weit seltener verwandt.

Tabelle 5 hier

Viele „Ja“-Motive hatten keinen direkten Bezug zu der inhaltlichen Frage des Referendums, sondern bezogen sich entweder auf den Verlauf des Diskurses oder die Innenpolitik, oder aber sie appellierten an die argumentative Meta-Ebene.

1) So war ein zentrales Motiv der EUV-Befürworter der *Gegnerbezug*, also der Bezug auf das Lager der Vertreter eines „Nein“ im Referendum, der sich in zwei Bereiche ausdifferenzierte: Es gab mit zunehmender Dauer des Diskurses in wachsendem Ausmaß Motive der *Schwächung der Gegner*, die konfliktär, polemisch, und teilweise diffamierend angelegt waren. Daneben gab es aber auch eher sachlich angelegte *Auseinandersetzungen mit den Argumenten der Gegner*.

In diesem Zusammenhang war die innenpolitische Lage sehr stark durch den Referendumsdiskurs bestimmt; umgekehrt hatten innenpolitisch gefärbte Ereignisse zentrale Wirkung im Diskurs. Dies ist insofern schlüssig, als französische Referenden traditionell auch als Plebiszite über den Präsidenten und seine Regierung interpretiert werden – und Präsident Chirac war im Frühjahr 2005 schwach: seine Zustimmungswerte waren vergleichsweise niedrig, Chiracs innerparteilicher Konkurrent Sarkozy versuchte, seine Position zu stärken, und auch die Sozialisten positionierten sich bereits mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2007.

Aus dieser Konstellation allerdings zu schließen, wie es in Interpretationen zum Referendum häufig geschah, das „Nein“ habe sich *allein* aus innenpolitischen Gründen durchgesetzt, greift

erheblich zu kurz: vielmehr nutzen die Gegner des Verfassungsvertrages die innenpolitische Lage aktiv für ihre Zwecke aus und verquickten erfolgreich Kritik am Verfassungsvertrag und einer angeblich „ultraliberalen“ EU mit Kritik an der Regierung (siehe unten). Die Befürworter wiederum argumentierten gegen solche Motive.

2) Die Befürworter nutzten verschiedene *Ja-aber*-Motive, die jeweils betonten, man müsse im Referendum mit „Ja“ stimmen, trotz innenpolitischer Probleme oder Kritik an EU bzw. EUV.

3) Auch die *internen Debatten im Oui-Lager* hatten eine wichtige Rolle: Die Befürworter griffen sich über die gesamte Dauer des Diskurses gegenseitig an, was die Argumentationsposition des „Ja“-Lagers schwächte.

Ein zweiter Strang von Argumenten und Motiven betonte Frankreichs Interessen:

4) Das *Verantwortungsmotiv* betonte abstrakt die Bedeutung des Referendums und die Verantwortung der Wählenden. Es war ausdifferenziert in Appelle an die *Verantwortung des Einzelnen*, Verweise auf die *Bedeutung des Referendums* sowie, anlassbezogen, *Drohkulissen*, also Warnungen vor schädlichen oder katastrophalen Folgen eines negativen Ausgangs.

5) Das *Pragmatismusmotiv* hatte eine mittlere Wichtigkeit. Es betonte die *Alternativlosigkeit* des EUV und die *Effizienzsteigerung der EU* durch diesen.

Über diese eher abstrakten Motive hinaus gab es nur drei eher oder vorwiegend inhaltlich angelegte „Ja“-Motive, die aber alle eine wichtige Rolle im Diskurs hatten:

6) Das erste thematisierte die *Rolle Frankreichs in der EU*, und zwar ausdifferenziert in die potenzielle *Stärkung Frankreichs* durch ein „Ja“, seine *Schwächung durch ein „Nein“* und den Verweis auf die *historische Rolle Frankreichs* in der europäischen Integration.

7) Das zweite inhaltliche Motiv, *Europe Puissance*, betonte die weltpolitische Rolle der EU und deren potenzielle Stärkung durch den EUV.

8) Das Motiv *Normatives Europa* war das zentrale inhaltliche Motiv der Befürworter. Es betonte die Verbesserungen im Bereich bestimmter Politikinhalt und der politisch-demokratischen Grundorientierungen, die mit dem EUV verbunden wurden, und war zu differenzieren in die Motive *Soziales Europa*, *politisches und demokratisches Europa*, *Europa als Garant des Friedens*, und *Europa als Garant der Freiheit und der Menschenrechte*.

Unter den Motiven der Vertreter des „Nein“ waren ebenfalls drei ohne direkten Bezug zur Frage des Referendums und zur Bewertung des EUV:

1) Das Motiv des *Gegnerbezugs*, hier also der Bezug zum „Ja“-Lager, war auch bei den „Nein“-Vertretern sehr wichtig. Der Gegnerbezug differenzierte sich auch hier in eher

kritische, polemische oder diffamierende *Schwächungen der Gegner* und eher sachliche *Auseinandersetzungen mit den Argumenten der Gegner*.

2) Ein zentrales Motiv der EUV-Gegner war das *populistische Motiv*, das eine *Spaltung zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten und dem Volk* konstruierte. Es war ausdifferenziert in die Zuschreibung, die Eliten „steckten alle unter einer Decke“, sie seien *arrogant*, und die Kritik, die *Debatte verlaufe nicht demokratisch*, bzw. *das Volk werde durch die Beiträge der Befürworter gezielt betrogen*. Diese Einzelmotive wurden zumeist mit einer Aufforderung zur *Denkzettelwahl* verbunden: Wenn man mit „Nein“ stimme, gebe man den Eliten die nötige Quittung dafür, dass sie das Volk permanent hinters Licht führten. Ergänzend wurden Gegensätze konstruiert (*Gut gegen Schlecht, Rechts gegen Links, und Arbeiter gegen Bosse*) und mit der Kritik am EUV und der Forderung mit „Nein“ zu stimmen, verbunden.

3) Auch die Betonung der Rolle des Linksbündnisses für das „Nein“, des *Non de Gauche* (*Bewegungsmotiv*) war von Beginn des Diskurses an ein zentrales Motiv: Es lässt sich ausdifferenzieren in die Einzelmotive *Widerstand als demokratische Aufgabe* und *Dynamik des Nein / der Bewegung*, die besonders wichtig sind. Von geringerer Bedeutung waren die *Ziele* bzw. die *Mission* des *Non de Gauche*.

Die „Nein“-Vertreter nutzten aber auch verschiedene inhaltliche Motive, die allerdings von unterschiedlicher Wichtigkeit waren:

4) Das zentrale inhaltliche Motiv des *Non de Gauche* war das *antiliberalen Motiv*⁸, das in verschiedenen Ausdifferenzierungen die EU, den EUV und – weniger wichtig – auch die französische Regierung für ihre „*ultraliberale*“ bzw. wirtschaftsliberale Politik kritisierte. Es betonte *potenzielle sozial-/arbeitsmarktpolitische Verschlechterungen durch den EUV*, beschrieb *schädliche Auswirkungen der EU*, warnte vor *délocalisations* (Unternehmensverlagerungen), kritisierte *wirtschaftsliberale Regierungsentscheidungen*, sowie – weniger wichtig – die *Globalisierung*.

5) Ein weiteres wichtiges inhaltliches Motiv der Gegner, das allerdings erst ab Mai seine volle Bedeutung gewann, war *Kritik am EUV*, seinen *Inhalten* und seinem *Text*.

6) Das *Nationalrepublikanische Motiv*, das sich ausdifferenzierte in die Bereiche *Republik* (und deren Inhalte), *Nation, La France / Etat Nation, nationale Souveränität* und deren Verlust, sowie *französisches Sozialmodell*, hatte eine wechselnde Wichtigkeit, war aber

⁸ Der Begriff „antiliberal“ wurde hier direkt aus dem Sprachgebrauch der betreffenden Organisationen übernommen. Im deutschen Sinne meint er „anti-wirtschaftsliberal“.

insgesamt durchgängig präsent und bildete damit eine konstante Nebenströmung der rechten und linken republikanisch und / oder nationalistisch orientierten Gegner.

7) Das Motiv *Ein anderes Europa ist möglich* beschrieb die zentralen politisch-inhaltlichen Argumente der linken Vertragsgegner zu der Frage, wie die EU zukünftig anders zu gestalten sei. Es differenzierte sich aus in die Bereiche *Soziales Europa*, *Mehr Demokratie*, und ein *anderer Verfassungsvertrag* – es hatte aber überraschenderweise für das *Non de Gauche* höchstens eine mittlere Wichtigkeit, in weiten Teilen des Diskurses auch nur eine marginale Rolle. Die linken Gegner argumentierten mithin vor allem *gegen* den Vertrag und weniger *für* Alternativen dazu.

8) *Erweiterungskritik* hatte eine durchgängig marginale Rolle: Nur selten wurde *Kritik am Türkeibeitritt* geübt.

9) Überraschend war schließlich, dass das Motiv des *plombier polonais*, des polnischen Klempners, der Franzosen die Arbeitsplätze wegnimmt, das weit über Frankreich hinaus bekannt wurde, im untersuchten Diskurs kaum auftauchte und ganz sicher diesen nicht prägte.

4.6.2. Der deutsche Diskurs

In Deutschland gab es keine Entgegensetzung zweier Lager wie in Frankreich. Der Diskurs gliederte sich vielmehr durch *eher nach außen und eher nach innen orientierte Bezüge*.

Tabelle 6 hier

1) *Der Mehrebenenbezug des Diskurses* beinhaltet die starken Bezüge auf Frankreich, das EU-Ausland und die EU. Hier war ein Themenfeld von mittlerer Wichtigkeit die *importierte Kritik*: EU-Kritik aus Frankreich und dem europäischen Ausland wurde aufgegriffen, dargestellt und diskutiert. Diese Argumente wurden im deutschen Diskurs zu Bezugspunkten direkter Reaktionen deutscher Akteure. Mit der EU-Ebene verbunden war die *Diskussion der Entwicklung und der Inhalte des EUV* (mittlere Wichtigkeit).

2) Der zweite zentrale Themenbereich des deutschen Diskurses ergab sich nach dem französischen *Non* und dem niederländischen *Nee*: Die Diskussion einer *europäischen Identität* und der *Selbstdefinition eines europäischen Demos*. Dieser Bereich gliedert sich in drei Themenfelder: *Bürger / Demos* und die Frage, wie Bürger in die europäische Integration einzubeziehen seien, sowie Zuschreibungen an die Bürger; *Europäische Identität, ihre Perspektiven und möglichen Inhalte*; und die Grundsatzdebatte „*Welches Europa wollen wir?*“.

3) *Prägende Motive, Regeln und Themenfelder des deutschen Europadiskurses 2005.* Bis Ende Mai 2005 gab es vier zentrale Motive, Regeln und Themenfelder im deutschen Diskurs: die oben bereits beschriebene *silencing strategy*, die *Forderungen zur EU-Politik*, *neue Motive der Unterstützung* und *EU-Kritik*.

Forderungen zur EU-Politik hatten eine wichtige Rolle im Diskurs, wurden allerdings nur dann thematisiert, wenn sich innenpolitische Gelegenheitsfenster dazu ergaben. Sie beinhalteten konstruktive EU-Kritik und konkrete europapolitische Forderungen zu den Bereichen *Mehr europapolitische Rechte für Bundestag und Bundesrat*, *Mehr Demokratie* und *Kein Türkeibeitritt*. Enge Bezüge zu den Forderungen zeigt die *Erweiterungsdiskussion* (Erweiterungen generell sowie die Türkeifrage), die immer wieder anlassbezogen aufgenommen wurde und dann eine mittlere Wichtigkeit hatte.

Die *neuen Motive der Unterstützung* hatten eine mittlere Wichtigkeit im Diskurs und waren bis Ende Mai die wesentlichen inhaltlichen Motive der Unterstützer des EUV: Sie argumentierten mit der *Effizienzverbesserung* der EU durch den EUV, mit seiner *Alternativlosigkeit und Notwendigkeit*, stellten die EU als *Friedensmacht* dar, betonten die *Stärkung des Sozialen Europa* und die *Werteorientierung* des EUV, sowie dass dieser mehr Demokratie bringen werde. Oftmals enthielten die unterstützenden Motive aber auch *Relativierungen*, die den französischen „Ja-Aber“-Motiven ähnlich waren, oder konstruktive, punktuelle Kritik an der EU.

EU-Kritik eher grundsätzlicher Natur hatte im Diskurs eine mittlere Wichtigkeit. Sie betraf vor allem die Themenfelder *Liberalismuskritik*, *Militarisierung*, *Demokratiedefizit*, *Kompetenzverlust des Bundestages*, und *nationale Souveränität bzw. nationale Kompetenzen*. Weniger wichtig waren der *Euro*, die EU als *Technokratie*, fehlender *Umweltschutz*, das Ziel, *Widerstand zu leisten* und das Motiv „*Ein anderes Europa ist möglich*“.

Sehr überraschend war, dass die *klassischen Motive des deutschen Europadiskurses* (wie z.B. die Westintegration, die europäische Integration als bundesdeutsche Staatsräson, oder die Betonung der ökonomischen Prosperität und der sozialen Marktwirtschaft) völlig anders als erwartet bis Mai nur eine marginale Rolle im Diskurs hatten. Sie wurden nämlich nur in Form von Interpretationskonflikten thematisiert, bei denen die Frage war, ob die Rolle Deutschlands in der EU neu zu interpretieren sei und wenn ja, wie. Erst ab Mai wurden die klassischen Motive wichtiger, erreichten aber nie die erwartete zentrale Rolle. Bei weitem am bedeutsamsten war das Motiv der *europäischen Integration als deutscher Aufgabe*; thematisiert wurden aber auch die Motive *Frieden*, *Wirtschaft / Soziales*, *Europa als Projekt / Prozess*, *Einigung / Einheit*, und *Abgrenzung vom Nationalsozialismus*.

Innenpolitik war – ganz anders als in Frankreich – im deutschen Diskurs um den EUV ein Randthema.

In der vergleichende Betrachtung fällt abschließend auf, dass im französischen Diskurs Stereotype, Konstruktionen von Abgrenzungen, und Bezüge zu Ängsten stärker wirkten: Hier wurden vor allem *Stereotype* aus etablierten linken Diskursen genutzt, aber auch neu geschaffene. Beide dienten der Abgrenzung von der EU (so z.B. *ultralibéralisme*, *délocalisations*, *Gegensatz Rechts-Links*, *Arroganz der Eliten* und *Gegensatz le peuple-les élites*). Diese französischen Stereotype wurden auch in Deutschland rezipiert, aber dort wurden kaum eigene Stereotype genutzt.

Auch *Abgrenzungen nach außen*, und zwar direkte (*le modèle social français* versus *EU/libéralisme*) und indirekte (*le social* versus *EU*) spielten in Frankreich eine weit stärkere Rolle als in Deutschland. Punktuelle Abgrenzungen gegenüber der Türkei oder den USA zeigten sich in beiden Diskursen. Abgrenzungen gegenüber der EU kamen in Deutschland jedoch fast nicht vor; kritische Diskussionsbeiträge zur EU nahmen eher einen Drohgestus ein (z.B. „wir machen nicht alles mit“ bzw. „das geht zu weit“ seitens der CSU).

Abgrenzungen nach innen wurden in Frankreich systematisch mit Abgrenzungen nach außen und negativen Stereotypen verbunden (*Gegensatz Rechts-Links* und *Lagermentalität*, *Arbeiter gegen Bosse*, *Eliten gegen Volk / die da oben gegen die da unten / gegen Regierung*). In Deutschland zeigten sich die Abgrenzungen nach innen im Diskurs dagegen gegenüber den Minderheitenvertretern mit Hilfe der *silencing strategy*, also durch deren Verschweigen.

5. Abschließende Diskussion und Forschungsausblick

In Folgenden werden die Ergebnisse zunächst mit Blick auf die Leitfrage und die beiden Untersuchungsfragen abschließend zusammengefasst, und dann mit Bezug auf die eingangs skizzierten demokratietheoretischen Ausgangsüberlegungen diskutiert.

Zunächst ist zur ersten Untersuchungsfrage (*Wie konstruieren nationale Europadiskurse politischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher nationaler Eliten vermittelt über die nationale Qualitätspresse die EU und Europa?*) zusammenfassend festzustellen, dass es wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Diskursen gab. Diese begründen eine generelle Unterscheidung: Der französische Diskurs ist als ein *nationaler EU-Diskurs* zu charakterisieren: er war weitgehend national orientiert, und die EU wurde als „das Andere“ konstruiert. Dagegen ist der deutsche Diskurs als *EU-Diskurs mit nationaler Verankerung* einzuordnen: er war weitgehend offen und die EU wurde als „das Eigene“ konstruiert. Die

Diskurse unterschieden sich weiterhin mit Blick auf die acht Formmerkmale. Die folgende Übersicht fasst zentrale Ergebnisse des Vergleichs der beiden Diskurse zusammen:

Tabelle 6 hier

Mit Blick auf die zweite Untersuchungsfrage (*Wie werden sie [die Europadiskurse], und damit auch die Ausbildung europäischer Identität, von spezifisch nationalen Kontexten und Bezügen geprägt?*) ließen sich ebenfalls wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Staaten erkennen.

In Frankreich wirkten die Kontextfaktoren insgesamt deutlich verstärkend für den Diskurs. Die Struktur des politischen *Systems* ermöglichte und begünstigte ein Referendum, die Spaltung der politischen *Parteien* in der Frage begünstigte einen intensiven Diskurs, ebenso die ambivalenten Einstellungen der *Bürgerinnen und Bürger*. Die etablierten Muster *nationaler Identität* nährten die Konstruktion von weiteren Konflikten im Diskurs und damit auch die Intensivierung des Diskurses, ebenso der Bezug auf die vorherigen, konfliktgeladenen *Europadiskurse*.

In Deutschland dagegen wirkten die Kontextfaktoren hemmend auf den Diskurs: die Struktur des *Systems* erlaubte lediglich die parlamentarische Ratifizierung des Verfassungsvertrages. Die politischen *Parteien* waren sich weitgehend einig in der Unterstützung des Verfassungsvertrages – und zudem darin, dessen Kritiker diskursiv zu marginalisieren. Gestützt wurde dies von den Bezügen auf etablierte Muster nationaler Identität und die vorherigen Europadiskurse. Einzig die deutschen Bürgerinnen und Bürger waren ähnlich ambivalent eingestellt wie die in Frankreich, aber dies wirkte sich im Diskurs nur am Rande auf, wurde nämlich allein in abgedruckten Leserbriefen aufgegriffen.

Die Leitfrage der Untersuchung lautete: *Inwieweit wirken nationale Europadiskurse als Medien der Ausbildung europäischer Identität und der Demokratisierung der EU?*

Die in der Heuristik definierten Kriterien dafür, dass nationale Europadiskurse als Medien der Konstruktion europäischer Identität fungieren, waren, dass sie

- *Sinnzuschreibungen an die EU zirkulieren und / oder konstruieren,*
- *die positive Bezüge im Mehrebenensystem konstruieren und / oder ermöglichen* (dies kann auch bedeuten, was bei der Formulierung dieses Kriteriums noch nicht deutlich gewesen war, dass diese Diskurse bereits Teil eines Mehrebenensystems sind) und
- *eine Selbst-Identifikation des Demos konstruieren können*

- sich nach Möglichkeit auf *politisch-demokratische Bedeutungsgehalte* beziehen.

Der *deutsche Diskurs bis Mai* konnte nach diesen Kriterien kaum als Medium der Konstruktion europäischer Identität fungieren, denn er zirkulierte oder konstruierte kaum Sinnzuschreibungen an die EU. Auch wurden so gut wie keine Bezüge zur Selbstdefinition eines Demos und zur Herausbildung EU-bezogener demokratischer Praxis konstruiert; ebenso gab es kaum EU-bezogene demokratische Praxis. Jedoch wies der deutsche Diskurs bis Mai einen selbstverständlichen Mehrebenenbezug auf. Zwar zeigten sich kaum aktive oder explizite Bezüge zur differenzfreundlichen Mehrebenenidentität, aber es bestand ein ständiger, positiver und integrativer Bezug auf die Referenzebenen Ausland und EU im Diskurs. Die Mehrebenenidentität wurde mithin *als bereits bestehend zugrunde gelegt*, und ab Ende Mai wurde sie dann auch aktiv konstruiert. Konfligierende Konstruktionen setzten sich im Diskurs nicht durch.

Ab Ende Mai gab es im deutschen Diskurs dagegen zahlreiche Sinnzuschreibungen und auch Bezüge zu einem EU-Demos, allerdings verbunden mit einem *advokatorischen Demos-Bezug* und nicht mit demokratischer Aktivität des Demos selbst. Aber auch ein advokatorischer Bezug konstruiert Bezüge zu einer Selbstdefinition des Demos, kann also zur Herausbildung europäischer Identität beitragen – nicht anders, als es den Nationalbewegungen gelang, die ebenfalls mit advokatorischen Zuschreibungen arbeiteten.

Der *französische Diskurs* erfüllte dagegen durchgängig den ersten Teil der Kriterien, nicht aber den zweiten: Er konstruierte zwar zahlreiche Sinnzuschreibungen, d.h. positive, ambivalente und abgrenzende Bezüge zur EU und zum Ausland, allerdings setzten sich dabei diejenigen Bezüge durch, die *abgrenzende* Bezüge zur Polity EU konstruierten. Dabei ist nicht die Kritik von EU-Policies an sich ein Problem, entscheidend ist vielmehr, dass vorwiegend *kategoriale und grundsätzliche Ablehnung bzw. Nicht-Zugehörigkeit zur Polity EU* konstruiert wurde, nach dem Motto „Bürger dieser EU wollen wir nicht sein“. Eine Kritik konkreter Policies bei Konstruktion einer grundsätzlichen Identifikation und Unterstützung der EU wäre deutlich anders zu werten: Politischer Protest gegen bestimmte Entscheidungen und Entwicklungen ist auf die betreffende Polity bezogene demokratische Aktivität und damit auch elementarer Teil der Input-Legitimation.

Der französische Diskurs beruhte von Beginn an auf einer starken demokratischen Aktivität der Bürger, bildete also nicht nur Bezüge zu EU-bezogener demokratischer Praxis, sondern war selbst als solche einzuordnen. Er hatte somit auch großes Potenzial, zu einer Selbstdefinition des Demos beizutragen – hätte sich eben nicht die *Nicht-Identifikation* durchgesetzt. Dennoch gab es auch stellenweise integrierende bzw. positive Bezüge auf

Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten, also zur horizontalen Komponente der Demos-Konstruktion. Bezüge zu politisch-demokratischen Bedeutungsgehalten wurden in großer Zahl konstruiert, folgten allerdings auch diesem Prinzip der Abgrenzung. Es wurden nicht (potenziell) EU-weit kollektiv geteilte politisch-demokratische Bedeutungsgehalte angesprochen, sondern spezifisch französisch geprägte. Diese wurden oftmals konfligierend EU-weit geteilten Bedeutungsgehalten gegenübergestellt, wobei den Frankreichbezügen jeweils der Vorrang eingeräumt wurde.

Insgesamt war damit der französische Diskurs *stark selbstbezogen*, er konstruierte Frankreich kaum als Teil eines Mehrebenensystems und ließ so ein Bild entstehen, in dem *Frankreich als „Wir“ oder „das Eigene“* und die *EU sowie ihre Mitgliedstaaten als die „Anderen“* erschienen. Dagegen erschienen im deutschen Diskurs die EU und ihre Mitgliedstaaten als „das Eigene“; ab Mai wurde zusätzlich auch intensiv diskutiert.

Insofern erfüllte der *deutsche Diskurs ab Mai* die Kriterien am besten. Um die Bundestagsabstimmung und insbesondere nach den negativen Referenden wurde er nicht nur sehr intensiv, er zirkulierte und konstruierte auch verschiedenste Sinnzuschreibungen an die EU, und aktive Bezüge zur EU.

Welche weiterführenden Schlussfolgerungen lassen sich nun mit Blick auf die eingangs skizzierten grundsätzlichen Fragen zur Demokratisierung der EU und der Herausbildung europäischer Identität aus diesen Ergebnissen ziehen? Und inwieweit lassen sich diese generalisieren?

Die demokratietheoretischen Ausgangsthesen waren, dass Demokratie einen Demos braucht und demokratische Identität in diesem Zusammenhang die Selbstdefinition dieses Demos meint. Die Ergebnisse haben nun gezeigt, dass deren diskursive Konstruktion in der EU (wie durchaus zu erwarten war), nicht nur voraussetzungsvoll ist, sondern auch komplex angelegt. Es kann keineswegs von einem einfachen Ursache-Wirkungs-Modell ausgegangen werden, in dem Inhalte einer Identität von Politikern oder Regierungen top-down vorgegeben und von den Bürgern selbstverständlich übernommen werden. Vielmehr müssen sich zu einer tragfähigen diskursiven Konstruktion von europäischer Identität im komplexen Mehrebenensystem der EU verschiedene Politik- und Konstruktionsprozesse positiv verstärken:

- 1) Zunächst einmal müssen *überhaupt* Sinnzuschreibungen an die EU diskursiv konstruiert werden, d.h., es muss ein Diskurs stattfinden und es müssen in diesem dann auch Sinnzuschreibungen tatsächlich zirkuliert werden. Das deutsche Beispiel

zeigt, dass dies nicht einmal dann selbstverständlich der Fall ist, wenn ein EU-Vertrag zur Ratifizierung ansteht. Das französische Beispiel unterstreicht jedoch, dass diese Bedingungen erfüllt werden, *wenn ein diskursiver Raum explizit geöffnet* (Ansetzen eines Referendums) *und auch ausgenutzt wird* (Beteiligung von Politikern und Bürgern am Diskurs).

- 2) Die hier zugrunde liegende Problematik wird auch unter der Frage nach der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit und/oder der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten diskutiert, da Öffentlichkeit genau den diskursiven Resonanzraum darstellt, der für die Konstruktion von Bedeutungsmustern notwendig ist. Die Ergebnisse erlauben in der vergleichenden Betrachtung zwei Schlüsse zum Verlauf der Europäisierung nationaler politischer Öffentlichkeit. Diese kann verlaufen a) Wie in Frankreich über *nationale Betroffenheiten und politische Akteure*, die dazu führen, dass die EU und / oder das EU-Ausland nationale Themen werden, oder aber b) über die mehr oder weniger *selbstverständliche Integration der Geschehnisse auf nationaler und EU-Ebene in nationale Diskurse* wie in Deutschland.
- 3) Werden im diskursiven Resonanzraum Sinnzuschreibungen an die EU zirkuliert, ist eine weitere Bedingung, dass diese *nicht abgrenzend* konstruiert sind. Sie müssen also eine *grundsätzliche Anerkennung der Mitgliedschaft* in der EU-Polity beinhalten.
- 4) Überdies sollten die diskursiven Konstruktionen auch die Ebenen der EU, d.h., die anderen Mitgliedstaaten, in ein positives oder jedenfalls nicht abgrenzendes Verhältnis setzen. Es sollten also nicht Abgrenzungen oder Distanzierungen von anderen Mitgliedstaaten konstruiert werden, wie es aktuell in der Finanzkrise regelmäßig geschieht, sondern Bezüge zu einer differenzfreundlichen Mehrebenenidentität.
- 5) Unter diesen Bedingungen ist dann eine Politisierung der europäischen Integration und die Austragung von Konflikten um deren Ausrichtung nicht negativ, sondern vielmehr als *unterstützend* für die Herausbildung europäischer Identität zu werten. Beides führt zu diskursiver Konstruktion von Sinnzuschreibungen an die EU und kann damit zum Entstehen europäischer Identität beitragen, und beides ist auch demokratische Praxis mit Bezug auf die EU.

Diese fünf Schlussfolgerungen beschreiben grundsätzliche Anforderungen an die diskursive Konstruktion europäischer Identität durch nationale Europadiskurse im Mehrebenensystem und können mithin als potenziell generalisierbar gelten. Sie sollten jedoch in einer breiter angelegten, mehrere Staaten vergleichenden Untersuchung überprüft werden.

Zeigen diese Ergebnisse nun insgesamt eher die *Möglichkeiten* der Erreichung einer differenzfreundlichen EU-Mehrebenenidentität auf, oder stärker die *Grenzen*?

Der in diesem Beitrag diskutierte Zusammenhang zwischen Demos-Bildung und Demokratisierung wird in der Demokratisierungsforschung meist in der Frage „*from state to nation, or from nation to state?*“ zusammengefasst. Die Befunde zur Entstehung der westlichen Nationen zeigen allerdings, dass auch in diesen kein simples Ursache-Wirkungs-Modell existiert, sondern dass sich Staats- und Nationenbildung in unterschiedlicher Weise und in Wechselwirkung produktiv ergänzten. Allerdings gibt es dabei einen wesentlichen Unterschied zur EU: In der Entstehung vieler westlicher Nationalstaaten wurde die Nationenbildung stark durch die entstehenden staatlichen Institutionen und damit einhergehende Bürgerpflichten (z.B. Militärdienst, Schulen) gestützt. Die EU verfügt jedoch weder über die entsprechenden Zwangsinstitutionen, noch über einen Katalog an EU-bezogenen Bürgerpflichten. Damit fallen wesentliche Faktoren weg, die in den Nationalstaaten die Entstehung von Identität begünstigten.

Jedoch besteht, wie die unter 1. skizzierten quantitativen Befunde zu europäischer Identität verdeutlichen, bei etwa der Hälfte der EU-Bürgerinnen und -Bürger eine unspezifische positive Identifikation mit der EU. Nationale Europadiskurse könnten diese nicht nur stärker mit Sinnzuschreibungen aufladen, sondern auch die demokratische Praxis mit Bezug auf die EU verstärken. Dabei zeigen die untersuchten Fälle unterschiedliche Möglichkeiten und Grenzen der diskursiven Identitätskonstruktion durch nationale Europadiskurse auf.

Es zeigte sich in beiden Fällen im Diskursverlauf eine Annäherung an das Ideal der differenzfreundlichen Mehrebenenidentität: In Deutschland durch den durchgängigen Bezug auf eine auf Elitenebene bestehende Konstruktion einer Mehrebenenidentifikation, sowie die aktiven Bezüge auf einen EU-Demos und eine differenzfreundliche Mehrebenenidentität; in Frankreich durch intensive, EU-bezogene demokratische Aktivität der Bürgerinnen und Bürger. Aber in beiden Diskursen zeigten sich auch Grenzen für die Entstehung europäischer Identität. In Frankreich war dies vor allem die Tatsache, dass sich im Diskurs eine *Abgrenzung* gegenüber der EU durchsetzte. In Deutschland bestanden die Grenzen vor allem in der geringen Intensität des Diskurses sowie der geringen Beteiligung und der Inaktivität der Bürger. Diese wurde, wie oben beschrieben jedoch merklich von den Rahmenbedingungen des Diskurses beeinflusst. Dies unterstreicht, dass die Öffnung eines diskursiven Raums bzw. einer (nationalen) Öffentlichkeit eine wesentliche Rahmenbedingung für die diskursive Konstruktion europäischer Identität ist.

Mithin zeigten sich in beiden Diskursen sehr unterschiedliche Möglichkeiten und Grenzen – und dies lässt abschließend einen eher optimistischen Schluss zu: Wenn sich in Zukunft diejenigen Entwicklungen in beiden Diskursen ergänzen würden, die dazu beitrugen, die Realität dem Ideal der differenzfreundlichen europäischen Mehrebenenidentität anzunähern (der selbstverständliche Mehrebenenbezug in Deutschland und der aktive Diskurs in Frankreich und in Deutschland ab Mai), wären die Chancen für deren Herausbildung und Verstärkung durch nationale Europadiskurse gut. Dass sich solche Entwicklungen ergänzen und sogar verstärken können, ist möglich – ein Mehrebenenbezug kann durchaus mit einem aktiven Diskurs einhergehen und von diesem sogar verstärkt werden, und umgekehrt. Konflikte um die europäische Integration dabei wirken wie beschrieben potenziell Diskurse erzeugend und somit Identität stiftend. Bei gegebener grundsätzlicher Unterstützung und Anerkennung der Polity sind sie zudem nicht nur legitim im Sinne einer berechtigten Kritik an einer demokratischen Polity und ihren Policies, sondern eine solchermaßen stärker entwickelte demokratische Praxis mit Bezug auf die EU – auch wenn sie sich in Protest und Kritik äußert – würde auch die Demokratiequalität der EU verbessern.

Tabellen:

Tabelle 1: Übersicht über Heuristik und zentrale Forschungsfragen

Heuristik	Forschungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Identität ist zu verstehen als Selbstdefinition des EU-Demos, also ein Bewusstsein von und eine Identifikation mit der EU-Ebene, auf die sich Rechte und demokratische Praxis beziehen, und eine gegenseitige Identifikation und Anerkennung der Demos-Mitglieder (<i>Kontrafaktische Norm</i>) • Somit ist europäische Identität Voraussetzung für die Stabilität der EU als politisches System und Bedingung für die Entstehung demokratischer Praxis. • Es ist davon auszugehen, dass in einer Wechselbeziehung demokratische Praxis auch die Entstehung europäischer Identität anregt. • <i>Kontrafaktische Norm</i>: Es muss eine differenzfreundliche Mehrebenenidentität entstehen, d.h. • Die EU-Bevölkerung muss in Bezug auf die Polity EU ein Mindestmaß an positiver Identifikation miteinander und mit der Polity sowie ein Mindestmaß an kollektiv oder mehrheitlich geteilter Zuschreibung von politisch-demokratischen Bedeutungsgehalten an die EU entwickeln. Europäische Identität ist Teil eines Systems multipler Identitäten auf unterschiedlichen Ebenen. • Insbesondere ist die Entstehung europäischer Identität an nationale Identitätsmuster gebunden und somit auch durch eine positive Beziehung zwischen nationalen und europäischen Identitäten bedingt. Gibt es Konflikte zwischen den Identitätsebenen, beeinflusst dies europäische Identität negativ. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Inwiefern können nationale Europadiskurse dazu beitragen, eine solche Selbst-Definition des Demos zu erzeugen? 2. Sind in den Diskursen Bezüge zur Herausbildung EU-bezogener demokratischer Praxis erkennbar? 3. Wie sind die Diskurse selbst mit Blick auf diese normative Prämisse zu bewerten: sind sie selbst demokratische Praxis? 4. Welche Bezüge zwischen verschiedenen Identitätsebenen und -aspekten, insbesondere zwischen nationalen und europäischen Identitätskonstruktionen, werden im Diskurs konstruiert? 5. Gibt es Bezüge zu geteilten politisch-demokratischen Bedeutungsgehalten?

Eigene Darstellung

Tabelle 2: Vorgehensweise: Erfassung des Was, Wie und Warum eines Diskurses

Was geschieht im Diskurs:	Wie wird Bedeutung konstruiert?	Warum verläuft der Diskurs so, warum setzen sich bestimmte Motive durch, und andere nicht?
<p>Verlauf erheben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übersichten (Protokolle) • Ereignisübersichten • Intensität (Zählung Artikel) • Akteure <p>Diskursinhalte erheben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Motive • Argumente • Bezüge • Themenfelder • Referenzebenen 	<ul style="list-style-type: none"> • Welche Regeln der Diskurse sind erkennbar / lassen sich erschließen? (Kontextwissen, Protokolle, Ergebnis Auswertung) • Welche Argumente dominieren, setzen sich durch? Wo und wie? • Welche Bezüge zwischen Motiven und Argumenten sind festzustellen? • Welche Bezüge zu relevanten Kontextfaktoren sind festzustellen? ➤ nach Prinzipien qualitativen Forschens: Kodieren, relevante Merkmalskombinationen erheben, typisieren, kategorisieren, Modelle/Theorien bilden 	<ul style="list-style-type: none"> • Welche Regeln der Diskurses sind erkennbar / lassen sich erschließen? • Welche Bezüge zu Kontextfaktoren finden sich im Diskurs? • Welche Kombinationen von Argumenten, welche Bezüge erschienen besonders wirksam? ➤ nach Prinzipien qualitativen Forschens: Kodieren, relevante Merkmalskombinationen erheben, typisieren, kategorisieren, Modelle/Theorien bilden

Eigene Darstellung

Tabelle 3: Acht Formmerkmale von Diskursen

1.	Verlauf	Der Ablauf des Diskurses mit Blick auf <i>Themen, Intensität / Zahl der Beiträge, wesentliche Ereignisse</i>
2.	Akteure	Die zentralen Personen oder institutionellen Akteure, die den Diskurs gestalten
3.	Regeln	Sie strukturieren den Verlauf des Diskurses und die Sagbarkeit von Äußerungen
4.	Referenzebenen	Politische Ebenen (EU, Ausland, Inland) oder inhaltliche Themenfelder, auf die der Diskurs sich bezieht
5.	Themenfelder	Inhaltliche Bereiche, die der Diskurs berührt
6.	Motive	Typen von Bedeutungszuschreibungen im Sinne von zugeschriebenen Eigenschaften und Handlungsmotiven
7.	Argumente	Typisierende Abläufe in Bedeutungszuschreibungen bzw. Argumentationsgänge
8.	Bezüge	Beziehungen zwischen Motiven, Themenfeldern, Referenzebenen, Regeln, Akteuren oder Kontextfaktoren, die im Diskurs konstruiert werden

Eigene Darstellung

Tabelle 4: Übersicht zentrale Themenfelder, Argumente, Motive und Bezüge Frankreich

Ja-Motive (<i>Oui</i>)	Nein-Motive (<i>Non</i>)
1. Diskursinterne Motive Gegnerbezug Ja-aber Interne Debatten im <i>Oui</i> -Lager 2. Frankreichs Interessen Verantwortungsmotiv Pragmatismusmotiv Rolle Frankreich in EU Europe Puissance 3. Normatives Europa	1. Diskursinterne Motive Gegnerbezug Populistisches Motiv Linksbündnis / Bewegungsmotiv 2. Inhaltlich fundierte Kritik Antiliberales Motiv Kritik an EUV Nationalrepublikanisches / souveränistisches Motiv

Eigene Darstellung

Tabelle 5: Übersicht zentrale Regeln, Themenfelder, Motive, Argumente und Bezüge Deutschland

Eher Außen- / EU-Bezug	Eher Innenbezug
1. Mehrebenenbezug Frankreich EU-Ebene Importierte Kritik + Reaktion Diskussion Entwicklung und Inhalte EUV 2. Grundsatzdebatte nach Non Bürger / Demos Europäische Identität Welches Europa wollen wir?	1. Zentrale Regel <i>silencing strategy</i> 2. Deutschlandspezifische Motive Forderungen zur EU-Politik Erweiterungsdiskussion (Türkei) EU-Kritik / Kritik an EUV (z.B. Militarisierung) Klassische Motive deutscher Europadiskurs (Westintegration, Integration als Staatsräson) Unterstützung neue Motive

Eigene Darstellung

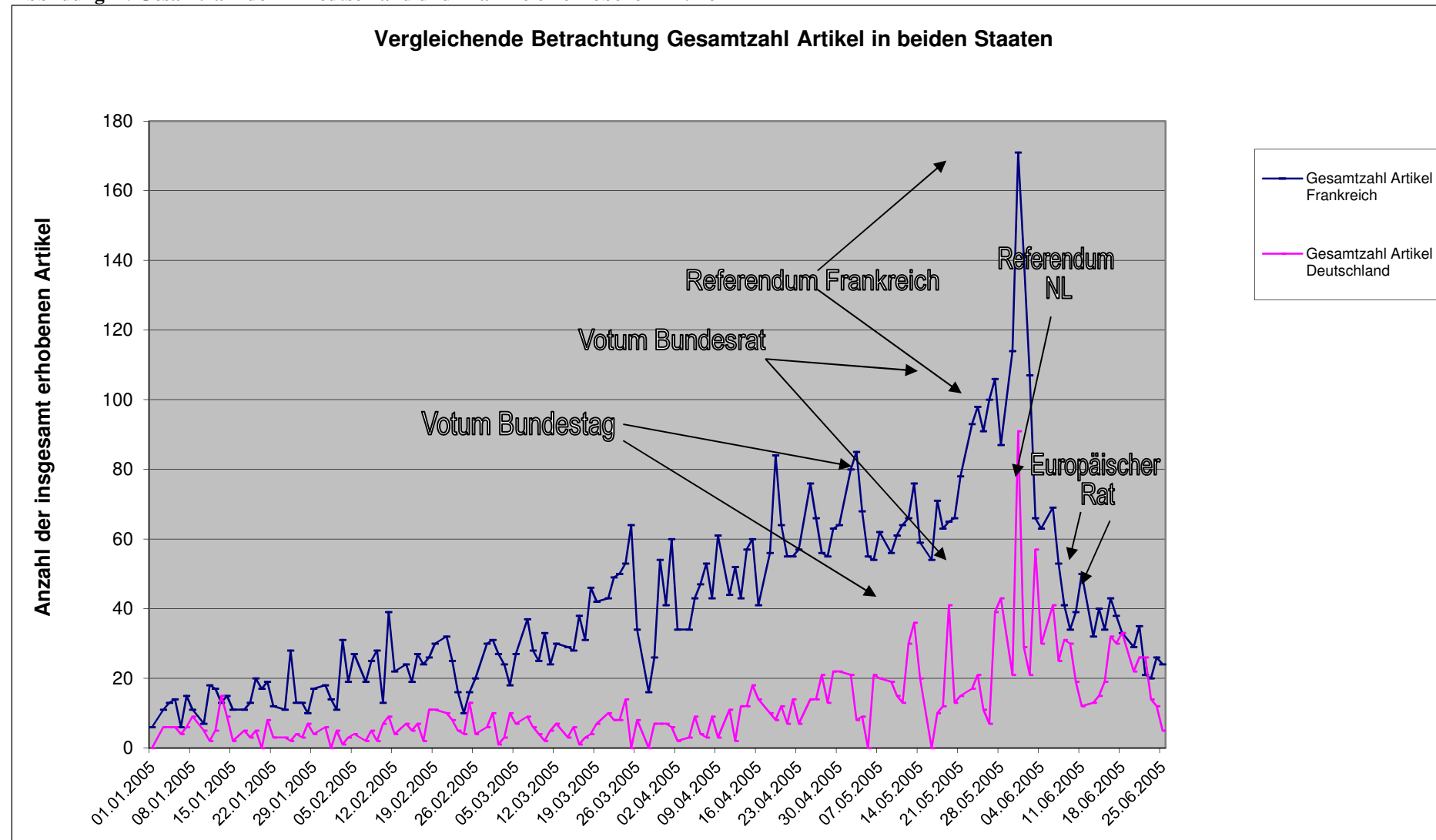
Tabelle 6: Vergleich der beiden untersuchten Diskurse

	Frankreich	Deutschland
Kurzcharakterisierung	Nationaler EU-Diskurs	EU-Diskurs mit nationaler Verankerung
Wir-Gruppe	Frankreich / Franzosen	Deutschland und EU
Verlauf	Primär interne Auslöser • Schlüsselereignisse + Proteste	Primär externe Auslöser • Bis Mai: französischer Diskurs

	<ul style="list-style-type: none"> • Rückbezüge auf Diskurs • Vorbereitung Referendum 	<ul style="list-style-type: none"> • Ab Mai: Bundestag + Bundesrat • Grundsatzdebatte „Welches Europa wollen Wir?“
Intensität	Hoch	Mittel bis Gering
Zentrale Akteure	Breit <ul style="list-style-type: none"> • Politikerinnen und Politiker (Frankreich) • Zivilgesellschaftliche Akteure • Bürgerinnen und Bürger • Journalisten, Wissenschaftler, Essayisten 	Eng <ul style="list-style-type: none"> • Politikerinnen und Politiker (Deutschland, Frankreich, EU) • Journalisten, Wissenschaftler, Essayisten
Rolle der Bürgerinnen und Bürger	Zentral / Akteure	Marginal / advokatorisch thematisiert
Regeln	Regeln des nationalen politischen Diskurses	Regeln des nationalen Elitenkonsens / <i>silencing strategy</i>
Referenzebenen	Geschlossenheit / EU als „Das Andere“	Offenheit / EU als das Eigene
Themenfelder, Motive, Argumente, Bezüge	Geprägt durch Gegensatz Ja/Nein	Geprägt durch Offenheit, Mehrebenenbezug und Elitenkonsens

Eigene Darstellung

Abbildung 1 : Gesamtzahl der in Deutschland und Frankreich erhobenen Artikel



Eigene Darstellung

Literaturverzeichnis

- Adam, Silke. 2007. *Symbolische Netzwerke in Europa: Der Einfluss der nationalen Ebene auf europäische Öffentlichkeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich*. Köln: von Halem.
- Albert, Gerd. 2005. Moderater methodologischer Holismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57: 387–413.
- Albert, Gerd. 2007. Keines für Alle! *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57: 340–349.
- Anderson, Benedict. 2006. *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*. London [u.a.]: Verso.
- Argenson, Pierre-Henri d'. 2007. Le non français et la tradition constitutionnelle: pour une réhabilitation politique du vote. *Le Banquet* 24: 235–246.
- Arts, Wil, und Loek Halman. 2006. National Identity in Europe Today. What People Feel and Think. *International Journal of Sociology* 35: 69–93.
- Baasner, Frank (Hrsg.). 2008. *Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Euopadiskurse*. Baden Baden: Nomos.
- Banchoff, Thomas. 1999. National Identity and EU Legitimacy in Germany and France. In *Legitimacy and the European Union: The Contested Polity*, Hrsg. Thomas Banchoff, und Mitchell P. Smith, 180–198. London: Routledge.
- Bärenreuter, Christoph, Cornelia Bruell, Helmut Gaisbauer, Ulrike Gröner, Michael Kimmel, Monika Mokre, und Markus Pausch. 2006. *The Referenda on the European Constitution: A Crucial Moment for the Development of a European Public Sphere?* Wien.
- Bauböck, Rainer, Monika Mokre, und Gilbert Weiss. 2003. Nun wächst zusammen, was noch nie zusammen gehörte. In *Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, Hrsg. Monika Mokre, Gilbert Weiss, und Rainer Bauböck, 9–21. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus.
- Bayrak, Zeynep. 2002. *Le débat français sur la Constitution Européenne depuis le Traité de Maastricht, Mémoire de DEA*. Paris: Institut des Études Politiques.
- Beetham, David, und Christopher Lord. 1998. Legitimacy and the European Union. In *Political Theory and the European Union*, Hrsg. Albert Weale, und Michael Nentwich, 15–33. London: Routledge.
- Bellamy, Richard, und Dario Castiglione. 2003. Legitimizing the Euro-’Polity’ and its ‘Regime’ The Normative Turn in EU Studies. *European Journal of Political Theory* 1: 7–34.
- Bertoncini, Yves, und Thierry Chopin. 2005. Impressions de campagne: le référendum du 29 mai 2005 et le malaise culturel français. *Le débat*: 177–192.
- Boy, Daniel, und Jean Chiche. 2005. Les structures politiques et sociales du vote "non". In *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le "Non" français*, Hrsg. Annie Laurent, und Nicolas Sauger, 92–109. Paris: CEVIPOF.
- Bruell, Cornelia, und Monika Mokre. 2007. Chancen für Europäische Öffentlichkeiten - Eine Analyse der medialen Diskursivierung der Wahlen zum europäischen Parlament in Österreich. *EIF Working Paper* 27. Wien: Institut für Europäische Integrationsforschung.
- Bruter, Michael. 2005. *Citizens of Europe? The Emergence of a Mass European Identity*: Houndsmills et. al: Palgrave Macmillan.
- Castano, Emanuele. 2000. European Identity: a social-psychological perspective. IDNET Conference “Europeanization and multiple identities”. Ohio State University, 9-10 June 2000; Conference Paper EUR/71.

- Castano, Manuele. 2004. European Identity: A Social-Psychological Perspective. In *Transnational identities. Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard K. Herrmann, Thomas Risse, und Marilyn B. Brewer, 40–58. Lanham [u.a.]: Rowman Littlefield.
- Cautrès, Bruno, und Vincent Tiberj. 2005. *Une sanction du gouvernement mais pas de l'Europe. Les élections européennes de juin 2004*. Paris: CEVIPOF.
- Cautrès, Bruno. 2005. Une fracture générationelle? In *Le jour où la France a dit non: comprendre le référendum du 29 mai 2005.*, Hrsg. Alain Mergier, Jean-Christophe Cambadélis, und Vincent u. a. Tiberj, 78–99. Paris: Plon / Fondation Jean-Jaurès.
- Cerutti, Furio. 2005. Gibt es eine politische Identität der Europäer? In *Europäische Identitäten - eine europäische Identität?*, Hrsg. Simon Donig, Tobias Meyer, und Christiane Winkler, 128–151. Baden-Baden: Nomos.
- Cerutti, Furio. 2009. Warum sind in der Europäischen Union politische Identität und Legitimität wichtig? In *Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten*, Hrsg. Thomas Meyer, 249–267. Wiesbaden: VS.
- Checkel, Jeffrey T., und Peter Katzenstein. 2009. The politicization of European Union identities. In *European identity*, Hrsg. Jeffrey T. Checkel, 1–25. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Dacheux, Eric. 2005. *Comprendre le débat sur la constitution de l'Union européenne*. Paris: Publibook.
- Delanty, Gerard. 1999. Die Transformation nationaler Identität und die kulturelle Ambivalenz europäischer Identität. Demokratische Identifikation in einem postnationalen Europa. In *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, Hrsg. Rien T. Segers, und Reinhold Viehoff. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dietzsch, Ellen. 2009. *Europas Verfassung und die Medien. Deutschland und Frankreich im Vergleich*. Marburg: Tectum.
- Diez Medrano, Juan. 2003. *Framing Europe*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Diez Medrano, Juan. 2009. The public sphere and the European Union's political identity. In *European identity*, Hrsg. Jeffrey T. Checkel, 81–107. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Diez, Thomas. 1995. *Neues Europa, altes Modell. Die Konstruktion von Staatlichkeit im politischen Diskurs zur Zukunft der europäischen Gemeinschaft*. Frankfurt/M: Haag u. Herchen.
- Diez, Thomas. 1999. *Die EU lesen. Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte*. Opladen: Leske und Budrich.
- Duchesne, Sophie. 2008. Waiting for European identity... Preliminary thoughts about the identification process with Europe. *Perspectives on European Politics and Society* 9: 397–410.
- Easton, David. 1953. *The political system. An inquiry into the state of political science*. New York: Knopf.
- Easton, David. 1965. *A framework for political analysis*. Englewood Cliffs/N.J: Prentice-Hall.
- Esser, Hartmut. 2001. *Sinn und Kultur*. Frankfurt [u.a.]: Campus.
- Esser, Sebastian. 2005. *Europas Suche nach einer gemeinsamen Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse der Debatte über eine EU-Verfassung in europäischen Tageszeitungen*. Marburg: Tectum.
- Fairclough, Norman, und Ruth Wodak. 1997. Critical Discourse Analysis. In *Discourse as social interaction*, Hrsg. Teun Adrianus van Dijk, 258–284. London [u.a.]: SAGE.

- Føllesdal, Andreas, und Simon Hix. 2006. Why there is a Democratic Deficit the EU: A Response to Majone and Moravcsik. *Journal of Common Market Studies* 44: 533–562.
- Foucault, Michel. 2003. *Die Ordnung des Diskurses [Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970]*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Foucault, Michel. 2008. Archäologie des Wissens. In *Die Hauptwerke*, 471–699. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fuchs, Dieter, Antoine Roger, und Raul Magni-Berton. 2009. European Cleavage, Euroscepticism and Support of the EU: A Conceptual Discussion. In dies.: *Eurosepticism: Images of Europe among mass publics and political elites*, 9–34. Opladen: Budrich.
- Gellner, Ernest. 1983. *Nations and nationalism*. Ithaca: Cornell University Press.
- Giesen, Bernhard. 1993. *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giesen, Bernhard. 2008. Europäische Identität und intellektueller Diskurs / Eine historische Perspektive. In *Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius*, Hrsg. Steffen Sigmund, Gerd Albert, Agathe Bienfait, und Mateusz (Hrsg.). Stachura, 323–340. Wiesbaden: VS.
- Glaser, Barney G., und Anselm L. Strauss. 2005. *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern u.a.: Huber.
- Gläser, Jochen, und Grit Laudel. 2004. *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: VS.
- Habermas, Jürgen. 1976. Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? In *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*, 92–126. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1999. Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm. In *Die Einbeziehung des Anderen*, 185–191. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2001. Euroskepsis, Markteuropa, oder Europa der (Welt-)Bürger. In *Zeit der Übergänge*, 85–103. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2004. Ist die Herausbildung einer europäischen Identität nötig, und ist sie möglich? In *Der gesplittene Westen*, 68–82. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Herrmann, Richard K., und Marilyn B. Brewer. 2004. Identities and Institutions: Becoming European in the EU. In *Transnational identities. Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard K. Herrmann, Thomas Risse, und Marilyn B. Brewer, 1–22. Lanham [u.a.]: Rowman Littlefield.
- Hix, Simon. 2008. *What's Wrong with the European Union and How to fix it*. Cambridge: Polity Press.
- Hobsbawm, Eric J. 2008. *Nations and nationalism since 1780. Programme, myth, reality*. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Hoffmann-Lange, Ursula. 1992. *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hörber, Thomas. 2006. *The foundations of Europe. European integration ideas in France, Germany and Britain in the 1950s*. Wiesbaden: VS.
- Immerfall, Stefan, und Andrea Sobisch. 1997. Europäische Integration und europäische Identität. *Aus Politik und Zeitgeschichte*: 25–37.
- Jachtenfuchs, Markus. 2002. *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*. Baden-Baden: Nomos.
- Jäger, Siegfried. 2009. *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast.

- Jiménez, Antonia M. Ruiz, Jaroslaw Józef Górniak, Ankica Kosic, und Paszkal und Kandulla Maren Kiss. 2004. *European and National Identities in EU's Old and New Member States: Ethnic, Civic, Instrumental and Symbolic Components*. <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-011a.htm>. Zugegriffen: 11.02.2010.
- Johnstone, Barbara. 2008. *Discourse analysis*. Malden/Mass. [u.a.]: Blackwell.
- Jung, Sabine. 1999. *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der europäischen Gemeinschaft - von den Anfängen bis heute*. Baden-Baden: Nomos.
- Kaelble, Hartmut. 2009. Identification with Europe and politicization of the EU since the 1980s. In *European identity*, Hrsg. Jeffrey T. Checkel, 193–227. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Kaina, Viktoria. 2004. Deutschlands Eliten - Kontinuität und Wandel. *Aus Politik und Zeitgeschichte*: 8–15.
- Kaina, Viktoria. 2009. *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS.
- Kelle, Udo, und Susann Kluge. 1999. *Vom Einzelfall zum Typus*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kelle, Udo. 2008. *Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden in der empirischen Sozialforschung. Theoretische Grundlagen und methodologische Konzepte*. Wiesbaden: VS.
- Keller, Reiner. 2007. *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS.
- Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe. 1991. *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Lamei, Nadja. 2003. Europäische Integration und europäische Identität. Theoretische Konzepte - empirische Ergebnisse für Österreich. *SWS Rundschau*.
- Larsen, Henrik. 1997. *Foreign Policy and Discourse Analysis - France, Britain, and Europe*. London: Routledge.
- Lepsius, M. Rainer. 1999. Die europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität. In *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, Hrsg. Rien T. Segers, und Reinhold Viehoff, 201–222. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lieb, Julia. 2008. Die französische Kampagne zum Referendum über den Vertrag für eine Verfassung für Europa - Probleme mit der europäischen Wirklichkeit. In *Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Euopadiskurse*, Hrsg. Frank Baasner, 55–74. Baden Baden: Nomos.
- Majone, Giandomenico. 1998. Europe's "Democratic Deficit": The Question of Standards. *European Law Journal* 4: 5–28.
- Marcussen, Martin, Thomas Risse, Daniela Engelmann-Martin, Hans-Joachim Knopf, und Klaus Roscher. 2001. Constructing Europe? The Evolution of Nation-State Identities. In *The social construction of Europe*, Hrsg. Thomas Christiansen, Knud Erik Jorgensen, und Antje Wiener, 101–120. London [u.a.]: SAGE.
- Marks, Gary, und Liesbet Hooghe. 2003. Unraveling the Central State, But How? Types of Multi-Level Governance. *American Political Science Review* 97: 233–243.
- Mayring, Philipp. 2008. *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim [u.a.]: Beltz.
- McLaren, Lauren M. 2004. Opposition to European integration and fear of loss of national identity: De-bunking a basic assumption regarding hostility to the integration project. *European Journal of Political Research* 43: 895–911.

- Mead, George Herbert. 2005. *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mény, Yves. 2003. De la démocratie en Europe: Old Concepts and New Challenges. *Journal of Common Market Studies* 41: 1–13.
- Meyer, Thomas. 2009. Europäische Identität als politisches Projekt. In *Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts*, Hrsg. Frank Decker, 237–253. Wiesbaden: VS.
- Miard-Delacroix, Hélène. 2008. "Denk ich an Europa in der Nacht..." - Europa-Narration in Deutschland: Vom Ersatz für die Nation zur Interessen- und Wertegemeinschaft. In *Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Euopadiskurse*, Hrsg. Frank Baasner, 17–32. Baden Baden: Nomos.
- Moravcsik, Andrew. 2002. In Defence of the "Democratic Deficit": Reassessing Legitimacy in the European Union. *Journal of Common Market Studies* 40: 603–624.
- Mühler, Kurt, und Karl-Dieter Opp. 2006. *Region - Nation - Europa. Die Dynamik regionaler und überregionaler Identifikation*. Wiesbaden: VS.
- Nida-Rümelin, Julian. 2007. Europäische Identität? Das normative Fundament des europäischen Einigungsprozesses. In *Europäische Identität Voraussetzungen und Strategien*, Hrsg. Julian Nida-Rümelin, und Werner Weidenfeld, 29–45. Baden-Baden: Nomos.
- Niethammer, Lutz. 2000. *Kollektive Identität*. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur. Hamburg: Rowohlt.
- Opp, Karl-Dieter. 2005. Decline of the Nation State? How the European Union Creates National and Sub-National Identifications. *Social Forces* 84: 653–680.
- Pantel, Melissa. 1999. Unity-in-diversity: Cultural Policy and EU Legitimacy. In *Legitimacy and the European Union: The Contested Polity*, Hrsg. Thomas Banchoff, und Mitchell P. Smith, 46–65. London: Routledge.
- Pfetsch, Frank R. 1998. Die Problematik der europäischen Identität. *Aus Politik und Zeitgeschichte*: 3–9.
- Pichler, Florian. 2005. Affection to and Exploitation of Europe. European Identity in the EU. *Reihe Soziologie* 71. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Pollack, Johannes. 2008. Ist eine europäische Identität möglich? Oder: warum wir lernen sollten, Zwiebeln zu lieben. In *Schmerzliche Erfahrungen der Vergangenheit und der Prozess der Konstitutionalisierung Europas*, Hrsg. Christian Joerges, Matthias Mahlmann, und Ulrich K. Preuß, 63–80. Wiesbaden: VS.
- Popper, Karl. 1978. *Three Worlds*. The Tanner Lecture on Human Values. Delivered at the University of Michigan, April 7, 1978.
<http://www.tannerlectures.utah.edu/lectures/documents/popper80.pdf>. Zugegriffen: 10.07.2009.
- Puntscher-Riekmann, Sonja, und Ruth Wodak. 2003. "Europe for All" - diskursive Konstruktionen europäischer Identitäten. In *Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, Hrsg. Monika Mokre, Gilbert Weiss, und Rainer Bauböck, 283–303. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus.
- Rocheft, Robert. 2005. Une société de défiance: après le référendum du 29 mai. *Etudes*: 341–350.
- Rozès, Stéphane. 2005. La rénationalisation du débat européen. *Le débat*: 29–43.
- Sauder, Axel. 1995. *Souveränität und Integration*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmidberger, Martin. 1998. EU-Akzeptanz und europäische Identität im deutsch-französischen Grenzgebiet. *Aus Politik und Zeitgeschichte*: 18–25.

- Schmidt, Vivian A. 1997. Discourse and (Dis-)Integration in Europe. The Cases of France, Germany and Great Britain. *Daedalus* 126: 167–197.
- Schmidt, Vivien A. 2004. The European Union: Democratic Legitimacy in a Regional State? *Journal of Common Market Studies* 42: 975–997.
- Schmidt, Vivien A. 2006. *Democracy in Europe: the EU and national politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Seidendorf, Stefan. 2007. *Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien*. Baden-Baden: Nomos.
- Seidendorf, Stefan. 2008. "Die Quadratur des Kreises" oder: Wie gehen Nation und Europa zusammen? In *Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Euopadiskurse*, Hrsg. Frank Baasner, 33–54. Baden Baden: Nomos.
- Stahl, Bernhard. 2007a. Bedrohung versus Chance - "Europa" in den außenpolitischen Diskursen Frankreichs. In *Frankreich-Jahrbuch 2006. Politik und Kommunikation*, Hrsg. Deutsch-Französisches Institut, 145–182. Wiesbaden: VS.
- Stahl, Bernhard. 2007b. Wie nationale Geschichte(n) europäische Außenpolitik begründen – der deutsche und französische Diskurs im Kosovo-Krieg und in der Irak-Krise. Paper für die Zweite Offene Sektionstagung Internationale Politik der DVPW in Darmstadt, 13.-14. Juli 2007.
- Strauss, Anselm L., und Juliet M. Corbin. 1996. *Grounded Theory*. Grundlagen qualitativer Sozialforschung.
- Tajfel, Henry. 1978. *Differentiations between Social Groups*. London: Academic Press.
- Thadden, Rudolf von. 1991. Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich. In *Nationale und kulturelle Identität*, Hrsg. Bernhard Giesen, 493–510. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Tiberj, Vincent. 2005. Les clivages sociologiques. In *Le jour où la France a dit non: comprendre le référendum du 29 mai 2005.*, Hrsg. Alain Mergier, Jean-Christophe Cambadélis, und Vincent u. a. Tiberj, 42–55. Paris: Plon / Fondation Jean-Jaurès.
- Titscher, Stefan u. a. (Hrsg.). 2000. *Methods of text and discourse analysis*. London [u.a.]: SAGE.
- van Dijk, Teun Adrianus. 2001. Critical Discourse Analysis. In *The handbook of discourse analysis*, Hrsg. D. Tannen, D. Schiffrin, und H. Hamilton, 352–371. Malden/Mass. [u.a.]: Blackwell.
- Vetters, Regina. 2008. *Konvent - Verfassung - Öffentlichkeit*. Die Verfassungsdebatte der Europäischen Union in den deutschen, britischen und französischen Printmedien. Baden-Baden: Nomos.
- Waever, Ole. 2005. European integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation and Europe. In *Discourse Theory in European Politics*, Hrsg. David Howarth, und Jacob Torfing, 33–67. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Weiss, Gilbert. 2003. Die vielen Seelen Europas. In *Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, Hrsg. Monika Mokre, Gilbert Weiss, und Rainer Bauböck, 183–206. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus.
- Westle, Bettina. 2003a. Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. *Politische Vierteljahresschrift* 44: 453–482.
- Westle, Bettina. 2003b. Universalismus oder Abgrenzung als Komponente der Identifikation mit der Europäischen Union. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, 115–152. Opladen: Leske + Budrich.

Wiesner, Claudia. 2014. *Demokratisierung der EU durch nationale Europadiskurse? Strukturen und Prozesse europäischer Identitätsbildung im deutsch-französischen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.

Wodak, Ruth. 2008. Introduction: Discourse Studies - Important Concepts and Terms. In dies.: *Qualitative discourse analysis in the social sciences*, 1–29. Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan.

Wood, Linda A., und Rolf O. Kroger. 2000. *Doing discourse analysis. Methods for studying action in talk and text*. Thousand Oaks [u.a.]: SAGE.

Zollner, Mette. 1999. *National Images in French Discourses on Europe*. Paper presented in the panel “Identities and Discourse” at the ECSA Sixth Bienial International Co,ference in Pittsburgh, 2dn-5th June, 1999. [Http://aei.pitt.edu/2430/01/002882_1.PDF](http://aei.pitt.edu/2430/01/002882_1.PDF). Zugriffen: 09.11.2010.